Gerhardt, Klaus-Uwe/Weber, Arnd (1983): Garantiertes Mindesteinkommen, *Alemantschen. Materialien für radikale Ökologie*, hrsg. von der Gesellschaft für Kultur und Ökologie e. V., Band 3, Maintal: Eigenverlag, S. 69-99.

Garantiertes Mindesteinkommen

Klaus-Uwe Gerhardt/Arnd Weber

I. Ein Überblick

Wir fordern ein abgestuftes Mindesteinkommen und zeigen in diesem Aufsatz, warum es notwendig ist, wie es technisch funktionieren könnte und warum wir es für realisierbar halten.

Unter "abgestuft" verstehen wir, daß sich die staatliche Zahlung in Abhängigkeit vom Arbeitseinkommen verringert, so daß nur derjenige den vollen Satz erhält, der ohne jede Arbeit ist. Die Abstufung bewirkt, daß nicht alle die Arbeit hinwerfen und macht die Reform finanzierbar.

In den USA haben verschiedene Regierungen nach den Unruhen von 1968 ernsthaft erwogen, etwas ähnliches einzuführen. Die Ökonomen nannten es: eine negative Steuer. In den 70er Jahren wurde ihre technische Realisierbarkeit untersucht und in sozialen Experimenten festgestellt. Man führte die negative Einkommensteuer deshalb nicht ein, weil die Slum-Unruhen erloschen. Zu deren Ende trug bei, daß man den Leuten einredete, höhere Wohlfahrtsleistungen seien nicht finanzierbar. Die fortwährende Wiederholung dieser Lüge, erst in den USA und dann auch hier, hat sich in den Köpfen so festgesetzt, daß kaum noch jemand monetäre Forderungen stellen mag, weil alle an die knappen Kassen glauben. Dabei liest man fast jeden Tag von neuen Subventionen und neuen Aufträgen, die der Wirtschaft gegeben werden. Daß das Gerede vom Geldmangel Wirkung zeigte, ist vielleicht das Haupthindernis für die Einführung eines abgestuften Mindesteinkommens.

I Ein Überblick
II Warum garantiertes Mindesteinkommen?
III Vorschläge für ein garantiertes Einkommen
IV Die abgestufte Einkommensgarantie

Anhang: Resultate aus den US-Experimenten mit der negativen Einkommensteuer
Literaturverzeichnis

An diesem Text wirkte Hermann Reith mit. Vielerlei Anregungen verdanken wir dem Diskussionszusammenhang der 'Alemantschen'.*

* Hinweis: Aus der Gruppe junger Wirtschaftswissenschaftler am Lehrstuhl von Prof. Dr. Bertram Schefold an der Universität Frankfurt/Main entstanden Anfang der 1980er die „Alemantschen“. Es ist eine Wortschöpfung aus Alemannen und Comanche, die aus der ostkalifornischen Wüste entstammen und den Vormarsch der Spanier stoppten. Die Alemantschen trugen, statt daran zu verzweifeln, zahlreiche Fakten über das gescheiterte keynesianische Projekt, die Rolle der Jugend und den Weltkrieg gegen die Umwelt zusammen und entwarfen Alternativen. U. a. waren dabei: Georg Beck, Jürgen Bonn, Klaus-Uwe Gerhardt, Carlo Jaeger, Klaus Keding, Ruedi Lüscher (†), Gudrun Reinhardt, Markus Rohner, Meinrad Rohner-Wigand, Vreni Schwarzenegger, Arnd Weber, Hannelore Wegener, Susanne Wegener, Gisela Weise, Cornelia Wicht, Margot Wigand und Karin Wittstock (kommentiert von KUG am 31.03.2007).

Wir fordern es im wesentlichen aus vier Gründen:

1) Es ist die einzige Möglichkeit, zunehmende Arbeitslosigkeit erträglich zu machen.
2) Es verhindert die in der Konkurrenz um Arbeitsplätze entstehende Spaltung der Lohnabhängigen.
3) Es unterstützt Formen individueller und kollektiver Selbsthilfe bzw. Selbstversorgung.
4) Es ist sozialer, einfacher, gerechter und durchschaubarer als die bisherige Sozialhilfe.

Die Brisanz dieser Gründe ruft noch nicht die Realisierung des abgestuften Mindesteinkommens hervor. Für diese spricht aber, daß sich über Sinn und Unsinn eines Garantieeinkommens alle streiten werden, egal aus welchem politischen Lager, ob aus dem rechten oder dem linken, jedoch das etwas linkere Lager sich leichter einigen und die Spaltung unter den Rechten nutzen könnte. Diese Spaltung wird mit Sicherheit entstehen, weil viele Ökonomen, monetaristische wie keynesianische, ein derartiges System für effizienter und billiger halten als bestehende soziale Sicherungssysteme.

Um die Funktionsweise zu erklären, unterscheidet man sinnvollerweise in Arbeitseinkommen, negative und positive Steuer und das' resultierende verfügbare Einkommen. Mit Arbeitseinkommen ist das Entgelt für Lohnarbeit gemeint, mit negativer Steuer die Zahlung des Staates, und mit positiver Steuer ist eine Zahlung an den Staat gemeint, entsprechend der bisherigen Lohn- und Einkommensteuer. Das verfügbare Einkommen wird sich bei niedrigem Einkommen zusammensetzen aus Arbeitseinkommen zuzüglich negativer Steuer, bei höherem Einkommen wie bisher aus Arbeitseinkommen abzüglich positiver Steuer. Bei einem Arbeitseinkommen von Null wird ein Mindesteinkommen garantiert. Die Höhe der staatlichen Zahlung nimmt mit zunehmendem Arbeitseinkommen _kontinuierlich ab, wie wir es im folgenden an einem fiktiven Beispiel illustrieren wollen. In diesem gehen wir einmal unverzagt von 800 DM Mindesteinkommen aus und zeigen für einige Einkommenshöhen, wie hoch jeweils die negative Steuer ist.

Fall 1:

Arbeitseinkommen:	0
Negative Steuer:	800
Verfügbares Einkommen:	800

Diese 800 stellen das Mindesteinkommen dar.

Fall 2:

Arbeitseinkommen:	400
Negative Steuer:	600
Verfügbares Einkommen:	1000

Bei einem derartigen Arbeitseinkommen verringert sich die staatliche Zahlung, und zwar um weniger als die Höhe des Arbeitseinkommens. So auch im nächsten Fall.

Fall 3:

Arbeitseinkommen:	800
Negative Steuer:	400
Verfügbares Einkommen:	1200

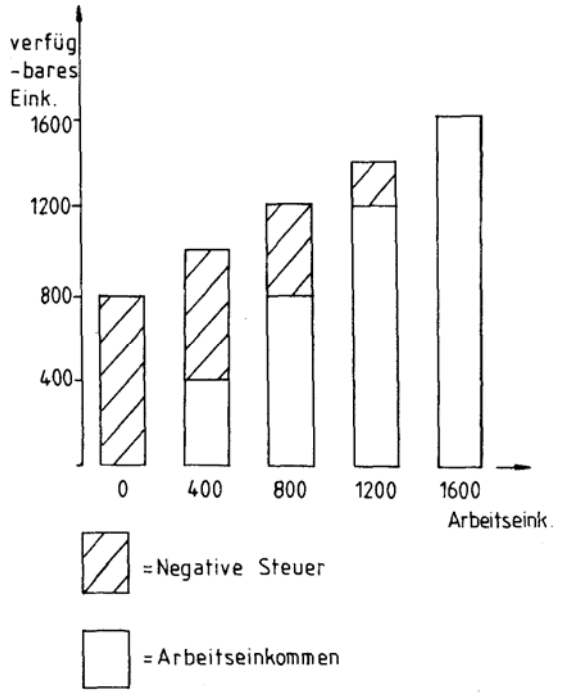
Fall 4:

Bei dieser Einkommenshöhe werden weder negative Steuern gezahlt noch entsteht eine Steuerschuld:

Arbeitseinkommen:	1600
Negative Steuer:	0
Verfügbares Einkommen:	1600

Bei noch höherem Einkommen werden Steuern an den Staat gezahlt. Die Höhe der negativen Steuer berechnet man jeweils, indem man vom Mindesteinkommenssatz einen gewissen Prozentsatz des Arbeitseinkommens abzieht. Im Beispiel beträgt dieser Prozentsatz 50%, und so haben wir etwa im Fall 2 (Arbeitseinkommen 400) 50% des Arbeitseinkommens, also 200, vom Mindesteinkommen (800) abgezogen und erhielten so 600 als negative Steuer. Dieser Prozentsatz heißt negativer Steuersatz, und seine Höhe ist eine politische Frage, genauso wie die Höhe des Mindesteinkommens (der negative Steuersatz hat im übrigen nichts mit der Höhe des positiven Steuersatzes zu tun).

Im Gegensatz zur bisherigen Sozialhilfe steigt also das Gesamteinkommen des Empfängers ganz erheblich, falls er eine gering bezahlte Arbeit annimmt, eben weil die staatliche Zahlung nur *teilweise* gekürzt wird.



Arbeitseinkommen, negative Steuer und verfügbares Einkommen im Falle eines Mindesteinkommens von 800 DM und eines negativen Steuersatzes von 50%.

Wenn das Mindesteinkommen hoch genug ist, kann das Lohnniveau für schlecht bezahlte Jobs steigen, weil die "Jobber" die Arbeit besser ablehnen können. Sie würden länger nach einer Arbeit suchen, die besser bezahlt ist bzw. ihnen einigermaßen gefällt. Bei einem niedrigen Mindesteinkommen jedoch könnte es sein, daß die Zahlungsempfänger ihr Einkommen durch Arbeit erhöhen *müssen* und dann die Arbeitgeber den Lohn drücken, weil sie wissen, daß die Betreffenden vom Staat Geld bekommen.

Bisher kommen Jugendliche relativ schwer an staatliche Gelder heran, weil sie vom Amt auf das Einkommen der Eltern hingewiesen werden. Im System abgestuften Mindesteinkommens würden sie leichter an Transfers kommen, weil Leistungen individuell gewährt werden. Sie können so länger lernen oder in sozialen und ökologischen Projekten arbeiten.

Der Schlüssel zum Verständnis des garantierten Mindesteinkommens ist der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung. Werden zusätzliche Hilfen gewährt, dann wird von diesem Prinzip abgewichen. Tatsächlich ist die Entscheidung bei der Vielfalt einmaliger Leistungen nicht einfach. Höchst unterschiedlich sind die Wohnkosten in Deutschland gestreut. Zu entscheiden ist, ob für Kinder ein geringerer Satz gelten und das Kindergeld ersetzen soll.

Das abgestufte Mindesteinkommen macht darüber hinaus eine generelle Reform des Sozialstaats vorstellbar. Verschiedenste öffentliche Güter würden dann nur noch staatlich finanziert, aber privat erbracht. Beispielsweise könnte es sowohl sinnvoller als auch billiger sein, alte Menschen zu Hause zu pflegen und das zu subventionieren, statt Pflegeheime zu unterhalten. Nachbarn könnten gemeinsam eine Krabbelstube aufmachen oder einen Garten anlegen, Hausfrauen oder –männer erhielten Lohn für Hausarbeit. Der Einzelne könnte z.B. einer Berufsausbildung nachgehen. Die Entscheidung darüber würde zur Sache der Empfänger und damit der Bürokratie entrissen. Ein solcher Umbau des Sozialstaates ist natürlich nur gangbar, wenn die Betroffenen dahinterstehen. Unser Vorschlag ist nicht, Selbsthilfe zu verordnen, indem man die bisherigen Etats für die jeweiligen Dienstleistungen zusammenstreicht.

Der gesamte alternative Sektor, der sowieso in irgendeiner Form von Staatsgeldern abhängt, würde dauerhaft gefördert. Vorsichtshalber sei bemerkt, daß ein abgestuftes Mindesteinkommen andere Lebensweisen nicht hervorbringen wird, es kann diese lediglich materiell fördern.

Was würde es denn kosten? Das hängst erstens von der Höhe des Mindesteinkommens und des negativen Steuersatzes ab. Zum zweiten hängt es jedoch davon ab, welche Etats man ganz oder teilweise einsetzen oder abschaffen will (es wird relativ billiger, wenn andere Programme durch ihre Unzulänglichkeiten teurer werden). Zu nennen wären Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Mutterschaftsgeld, Bafög, Kindergeld und Wohngeld. Darüber hinaus sind Reformen in den großen Bereichen der Rentenversicherung und der Krankenversicherung denkbar. Schließlich ließe sich bei den diversen Subventionen kürzen und, last not least, im Militärhaushalt: Mindesteinkommen diente zur Abrüstung. Es wären die zur Be-

willigung der jeweiligen Gelder nötigen Beamten größtenteils überflüssig, weil die negative Steuer vom Finanzamt ausbezahlt würde. Kosten und Einsparungsmöglichkeiten sind also schwer abzuschätzen, jeweils geht es um 2stellige Milliardensummen.

II. Warum garantiertes Mindesteinkommen?

Man mag aus sozialen Gründen sowieso dafür sein, aber für die Argumentation ist es hilfreich, zunächst einmal über die sog. strukturelle Arbeitslosigkeit zu sprechen.

Lohnsteigerungen

Zwischen 1968 und 1973 kam es zu Lohnsteigerungen, die höher waren als Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung zusammengenommen. Man erinnert sich an Streiks, aber ähnlich wichtig war die hohe Fluktuation, weil viele sich besser zahlende Arbeitgeber suchten. Die letzte Welle der Streiks war im Sommer 1973, in deren Folge die Ölkrise eingesetzt wurde, um die Lohnerhöhungen auf internationaler Ebene wieder abzuschöpfen. Hohe Löhne und gestiegene Preise der Energieträger führten zusammen mit der Hochzinspolitik der Zentralbanken und staatlicher Krisenpolitik zur Arbeitslosigkeit. Diese Sichtweise der Krise 1973 begründet, weshalb die Lohnkosten wieder gewaltig gestiegen wären, wenn man eine ernsthafte Vollbeschäftigungspolitik versucht hätte.

In dieser Lohnbewegung gab es einen Zerfall der Arbeitsmoral, der in verschiedenen Bereichen unterschiedlich stark war, der aber auch außerhalb der Betriebe stattfand. Dieser Wertezerfall führte nebst sozialdemokratischen Reformen zur Steigerung der Ausgaben für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, hinzu kamen die gestiegenen Lohnkosten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (und anderes), alles zusammengefaßt "Finanzkrise des Staates" genannt.

Der betriebliche Kampf um einen höheren Lohnanteil am Volkseinkommen wird ergänzt um den politischen Lohn, d. h. den Anteil am Staatshaushalt. Beides bringt die Produktivität nach vorne. Wird der Kampf zu arg, dann wird es ökonomisch gefährlich, weil die Kapitalseite mit einer Mischung aus Inflation, Investitionsstreiks und Kapitalexport antwortet.

Ein weiterer Argumentationsstrang für das garantierte Einkommen bildet die *technologisch* bedingte Arbeitslosigkeit. Laut einer Statistik der Bundesanstalt für Arbeit wird der Höhepunkt des Arbeitskräftepotentials 1990 mit 28 bis 29 Mio. erwartet (vgl. Krupp 1982). Ein Unsicherheitsfaktor ist dabei, wieviele Arbeitsemigranten in ihre Heimatländer zurückkehren. Der Bedarf an Arbeitskräften (1980: 25,7 Mio.) bleibt demnach bei einem hypothetischen Wirtschaftswachstum zwischen 2 und 3 Prozent gleich oder sinkt geringfügig auf 24,6 Mio.

Es öffnet sich also schon in dieser Statistik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit eine Schere von 4 bis 5 Mio. Bundesbürgern, die 1990 voraussichtlich keine Stelle finden werden. Problematisch ist die angestrebte Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts, hinzu kommt eine Produktivitätsentwicklung, die aller Wahrscheinlichkeit nach schneller als erwartet voranschreiten wird. Der Bedarf an Arbeitskräften wird deshalb realiter in den nächsten Jahren noch stärker als angenommen zurückgehen; jüngste Zeitungsmeldungen spekulieren mit einem in den nächsten Jahren auf ca. 18 Mio. zurückgehenden Arbeitskräftebedarf. Wir wagen die Zahl derer kaum auszusprechen, die aufgrund dieser Entwicklung in ihren Zukunftsträumen enttäuscht werden.

Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Die Prognosen sind nicht von der Hand zu weisen, denn technologischer Fortschritt ist nicht beschäftigungsneutral. Neue Techniken lassen sich vielfältig einsetzen. Hardwarepreise fallen, Personal Computer werden zunehmend in der kleinen und mittelgroßen Serienfertigung oder im Büro eingesetzt. Der technische Wandel umfaßt sowohl die industrielle Fertigung, als auch den Dienstleistungsbereich. Diese Hinweise auf die Rationalisierungstechnologie Mikroelektronik mögen genügen, um den Glauben an Kompensation eingesparter Arbeitsplätze zu relativieren. Im tertiären Sektor lassen sich aus vielerlei Gründen nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten schaffen (vgl. Friedrichs und Schaff 1982). Sicher werden neue Jobs auch bei den sozialen Diensten entstehen. Ob dies alles aber zum Verlustausgleich reicht, läßt sich nicht sicher prognostizieren. Die Utopie der erwerbsorientierten nachindu-

striellen Dienstleistungsgesellschaft gehört somit ins Fabelreich. Allenfalls gibt es ein partielles und temporäres Wachstum ohne Beschäftigung, aber selbst dies ist illusionär und umstritten.

Rationalisierungen im Betrieb und Zurücknahme staatlicher Leistungen sollen verlorenes Terrain zurückerobern. Möglicherweise setzen neue Technologien steigende Wachstumsraten in Gang — die Entfremdung wird jedoch nicht verschwinden. Zur Disziplinierung der Unzufriedenen werden auch weiterhin hohe Arbeitslosenzahlen notwendig sein.

Gesellschaft ohne Arbeit

Sehen wir uns nun den Arbeitsmarkt einmal etwas genauer an: es sind nicht einfach hier die Beschäftigten, die 40 Stunden und mehr arbeiten und teilweise gewerkschaftlich organisiert sind, und dort die Arbeitslosen, die auf den Lohn drücken. Tarifliche Abmachungen und innerbetriebliche Vergleichbarkeit der Löhne verhindern, daß die Arbeitskraft so ohne weiteres billiger gekauft werden kann. Eine bessere Beschreibung der Situation ist die, daß sich der Arbeitsmarkt in zwei Teilmärkte spaltet.

Auf dem einen Markt finden wir den 40-Stunden-Arbeiter, sei er beschäftigt oder unbeschäftigt, auf dem anderen Markt den unsicher Beschäftigten. Unter unsicher beschäftigt fassen wir eine Reihe von Erscheinungen zusammen:

1) Zeitarbeit, Leasing von Menschen.
2) Befristete Arbeitsverträge (Zeitverträge).
3) Stundenweise vergebene Arbeit.
4) Sozialversicherungsfreie Tätigkeiten für unter 390.- DM pro Monat. Deren Bedeutung merkt man daran, daß die Regierung Schmidt/Lambsdorff versuchte, sie zu erfassen, wobei sie die Beiträge im Auge hatte, die dem Staat entgehen. Die Unternehmer leisteten erfolgreich Widerstand.
5) Schwarzarbeit, insbesondere soweit sie von Unternehmen bezahlt wird, einschließlich der illegalen Beschäftigung von Ausländern.
6) Heimarbeit, die möglicherweise das Haupt ziel der Verkabelung ist.

Wir kennzeichnen diese Arbeiten mit dem Wort "unsicher", weil mindestens eines der folgenden Charakteristika zutrifft: Arbeitsrechte, Fortdauer, Umfang oder Verdienst der Arbeit sind nicht genau bekannt bzw. unsicher. Oder: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird nicht gewährleistet. Oder: keinerlei Versicherungen werden übernommen.

Daß wir zwei Märkte unterschieden haben, schließt ein, daß Individuen den Markt wechseln können.

Die Nettolöhne der unsicher Beschäftigten sind vielfach recht unterschiedlich. Mal nutzt das Unternehmen die Arbeitsmarktlage aus, und der Nettolohn ist geringer, mal sind die Nettolöhne höher, weil die Abgaben entfallen. So finden wir in diesem Bereich einerseits niedrigste Löhne, hohe Arbeitszeit und schlechte Arbeitsbedingungen, andererseits aber auch hohe Löhne, geringe Arbeitszeit und günstige Arbeitsbedingungen. Wenn auch alle diese Arbeiten bedeuten, daß der "Jobber" für die Unternehmen billiger ist als der gewerkschaftlich abgesicherte Arbeitnehmer, so sind doch viele froh, daß ihre Arbeit nicht jahrzehntelang täglich 10 Stunden auffrißt.

Das innerbetriebliche Gewicht der fest angestellten Beschäftigten nimmt damit tendenziell ab. Verknüpft man diese Tendenz mit technischen Umstrukturierungen, deren Ziel es ist, z.B. den Automobilarbeiter oder den Setzer abzuschaffen, so sieht man die Schwächung gewerkschaftlicher Positionen. Kurzum: neue Techniken, zunehmende unsichere Arbeit und hohe allgemeine Arbeitslosigkeit werden es immer schwieriger machen, Reallöhne, betriebliche Absicherung und erträgliche Arbeitsbedingungen auf dem verbliebenen Niveau zu halten. Eine existentielle Sicherung der Arbeitslosen und "unsicher" Arbeitenden könnte dem entgegenwirken.

Es ist die Normalarbeit, welche rar wird, was Ökonomen freut, welche Lohnuntergrenzen beseitigen möchten. Doch auch sie könnten an einer Entkopplung von Arbeit und Geld gefallen finden, weil die Marktwirtschaft dann besser funktionierte. Zukünftige steigende Arbeitslosigkeit ist unabhängig davon, ob eine lohndrückende Reservearmee nötig ist oder nicht, und auch unabhängig davon, ob es einen Aufschwung geben wird oder nicht. Es sind

Nicholas Kaldor

Jahre der weltweiten Lohnexplosion 1968-71

Die Analyse der langen, schleichenden Inflation der Jahre 1953-67 kann den plötzlichen Anstieg der Steigerungsraten für Löhne und Preise in den Jahren 1968-71 nicht deutlich erklären —Jahre, in denen die Entwicklung der Warenpreise, wiewohl aufwärts gerichtet, noch ziemlich mäßig war. Aus Gründen, über die man sich noch streitet, nahm die Lohnsteigerungsrate in einer Reihe von Industrieländern mehr oder weniger gleichzeitig einen plötzlichen Aufschwung; dieser geschah entweder im Laufe der Jahre 1968/69 (so in Japan, Frankreich, Belgien und den Niederlanden) oder 1969/70 (wie in Deutschland, Italien, der Schweiz und in Großbritannien). In den Vereinigten Staaten begann der Prozeß früher, war jedoch weitaus bescheidener; der jährliche Anstieg der Stundenverdienste in der Industrie hatte zwischen 1967 und 1968 einen Höchststand von 6% erreicht, wogegen die jährliche Steigerungsrate der Löhne in allen westeuropäischen Ländern und Japan bis 1970 doppelt so hohe Zahlen erreichte.

Es existiert eine Denkrichtung, die das alles einer vom Vietnamkrieg verursachten Nachfrageinflation in den USA zuschreibt, welche durch internationale Preise oder durch den Druck der Nachfrage auf Grund einseitiger Zahlungsbilanzüberschüsse (als Gegenstück zu den wachsenden US-Defiziten) mit anderen Ländern in Verbindung stand (1), aber diese Erklärung scheint mir aus mehreren Gründen nicht plausibel zu sein. Erstens ist es schwierig, den internationalen Preisanstieg auf die interne Inflation der Vereinigten Staaten zurückführen zu wollen, eben weil Lohnentwicklung und Preissteigerung in den USA bescheidener ausfielen als in Europa oder Japan. Zweitens, weil die Behauptung, daß das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit zusätzlichen Nachfragedruck in anderen Industrieländern erzeugt, impliziert, daß der Nachfragedruck in diesen Ländern zu jener Zeit wuchs und die Lohnexplosion als Konsequenz gestiegener Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden könne. Während das in einigen Ländern durchaus der Fall gewesen sein mag, war es in anderen Ländern eindeutig nicht der Fall. Es würde beispielsweise sehr schwierig sein, die britische Lohnexplosion von 1969/70 mit zusätzlichen Nachfragedruck erklären zu wollen, denn sie trat zu einer Zeit auf, als es eine relativ hohe Unterbeschäftigung gab und die Wirtschaft auf eine Rezession zusteuerte, wie sich im Laufe des Jahres 1970 zeigte. (2)

Ich finde eine alternative Erklärung, die von der OECD und anderen vorgebracht wird (3), plausibler. Danach liegt die grundlegende Ursache in der gewachsenen Militanz der Gewerkschaften, die hauptsächlich hervorgerufen ist von den stark gestiegenen Abzügen für die Einkommensteuer und die Sozialversicherung. (4) Diese Hypothese läßt noch ungeklärt, warum sich die Lohnexplosion ausgerechnet zu diesem bestimmten Zeitpunkt ergab und nicht schon früher (wo doch der Trend, daß ein größerer Teil des Einkommens für Steuern und Versicherungen abgezogen wird, schon länger als ein Jahrzehnt voranschritt) und läßt ferner offen, warum die Explosion der Löhne in so vielen verschiedenen Ländern eine mehr oder weniger simultane Erscheinung gewesen ist. Für all dies gibt es nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand keine voll befriedigende Erklärung — genauso wenig wie für die sozialen Kräfte, die mit zeitlicher Parallelität die Studentenrevolten von 1968 zunächst in Amerika und dann in ganz Europa auslösten, oder für die Welle von Revolutionen im Februar und März des Jahres 1848. In all diesen Fällen gab es eine lang schwelende Verstimmung und Unzufriedenheit, und die Eruption breitete sich schnell auf andere Länder aus, wenn sie erst einmal in einem angefangen hatte.

Fußnoten siehe S. 99

keine Techniken in Sicht, die einen vermehrten Einsatz von Arbeit erfordern könnten. Selbst bei recht starken Lohnsenkungen, sagen wir um 50%, werden die alten arbeitsintensiven Techniken nicht billiger sein.

Viele meinen, Arbeitszeitverkürzung sei eine kompatible Lösung. Sie ist es nicht. Eine Verkürzung um eine oder zwei Stunden pro Woche wird auf dem Arbeitsmarkt fast nichts bewirken, sie wird im großen und ganzen durch Umorganisation bzw. Straffung der Arbeit aufgefangen werden können. 5 Stunden pro Woche können in vielen Bereichen über Produktivitätseffekte nicht so ohne weiteres aufgefangen werden, d.h. sie hätten einen gewissen, aber geringen Beschäftigungseffekt (vgl. DGB 4/1983). Nun kommt eine solche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einer respektablen Lohnerhöhung gleich, und die mußte *in den Unternehmen* durchgesetzt werden; wo stehen aber die Kohorten dafür? Ein abgestuftes Mindesteinkommen stärkt allerdings gewerkschaftliche Positionen und verbessert so auch die Chancen für eine Arbeitszeitverkürzung.

Rentensicherheit

Es bestehen erst einmal Aussichten auf vermehrte Arbeitslosigkeit. Das wird die Rentenversicherung in Schwierigkeiten bringen, die sowieso schon in der Bredouille steckt, weil das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern ab den 90er Jahren immer ungünstiger wird, was nur beantwortet werden kann mit einer der folgenden Maßnahmen:

— Rentensenkung
— Beitragserhöhung
— höhere staatliche Zuschüsse.

Da 1982 bereits 60% der Rentnerinnen weniger als 500 DM pro Monat erhielten, sind sozial verträgliche Lösungen nur vorstellbar, wenn man die Renten in irgendeiner Weise nivelliert, z.B. durch eine Mindestrente. Dabei müßte man den Mythos abbauen, daß der selbst eingezahlte *eigene* Rentenbeitrag für eine spätere Rente ausreichte. Nivelliert man die Renten, so sind Rentenbeiträge, nur noch sozial begründbar. Anders: Die Rentenversicherung sollte stärker steuerlich finanziert sein. Wenn die Staatskasse zukünftige Defizite deckt, dann sollte man auch eine Mindestrente verlangen. Die Erhebung höherer Beiträge ist nicht in unserem Sinn und außerdem nährt sie unbegründete Hoffnung auf eine hohe Rente im Alter (das Verhältnis Beitragszahler/Rentenbezieher wird bis zum Jahre 2040 hin ungünstiger).

Wenn aber eine Rentennivellierung die einzige sozial vorstellbare Lösung ist, dann ist man in diesem Bereich vom abgestuften Mindesteinkommen nicht mehr weit weg. Weil für uns, wie wir bisher zu erwähnen nicht für nötig hielten, die Sozialhilfe unzureichend ist, behaupten wir zusammenfassend, daß Arbeitslosigkeit und Rentenversicherung ein garantiertes Mindesteinkommen nötig machen werden.

Kollektive Selbstversorgung

Wie schon in der einleitenden Zusammenfassung dargestellt, macht das abgestufte Mindesteinkommen einen weitreichenden Umbau des Sozialstaats vorstellbar. In dieser Richtung, meinen wir, sollte man diskutieren.

Das soll nicht heißen, daß z.B. erst die Zuschüsse für Pflegeheime gekürzt werden und sich die Leute dann gefälligst selber helfen sollen. Auch soll nicht erst das garantierte Einkommen eingeführt und dann die staatlichen Leistungen gekürzt werden, ohne daß der Übergang konsensfähig wäre. Aber wir möchten diskutieren, ob es nicht Bereiche gibt, in denen die staatliche Erbringung von Diensten abgebaut werden könnte zugunsten selbstversorgerischer Strukturen, die ganz oder teilweise staatlich finanziert wären.

In der Zeitschrift *Freibeuter* gab es unlängst eine Diskussion über den Sozialstaat. Darin hat Gisela Erler das schwedische Beispiel öffentlicher Leistungen mit dem verglichen, was bei uns soziale Bewegungen in Eigenitiative geschaffen haben. Das Schwedische Modell schneidet dabei sehr schlecht ab. Vergesellschaftete Sozialleistungen haben dort die Gründung von Selbsthilfegruppen zumindest erschwert. Dies mit dem Resultat, daß finanzielle Kürzungen im Sozialbereich ein Vakuum an Leistungen zurücklassen, welches nicht 'privat aufgefüllt werden kann. Auch über H. M.

Enzensbergers Vorschlag, der Gesamtschulmisere den Hauslehrer entgegenzuhalten, kann man nachdenken. Die arbeitslosen Lehrer würden demnach zusammen mit einer Handvoll Schülern zuhause Unterricht machen. Bezahlt würde er vom Staat. Auch Chr. Deutschmann, der einen Gedanken von G. Adler-Karlson aus dem Jahre 1977 aufgreift ('Nein zur Vollbeschäftigung — Ja zur materiellen Grundgeborgenheit'), plädiert für ein gesellschaftliches Kollektiveinkommen, zumal eben heute nicht mehr zwi-schen produktiven und indirekt produktiven Tätigkeiten unterschieden werden könne.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, daß die private Erbringung verschiedener Dienstleistungen vom Staat auch anders als durch das garantierte Einkommen finanziert werden könnte, indem z.B. der Hauslehrer oder derjenige, der seine Eltern pflegt, *dafür* bezahlt wird. Auch Kombinationen sind vorstellbar, etwa, daß es einen Zuschlag zum garantierten Einkommen gäbe, wenn man diese oder jene Leistung erbringt.

Wir meinen übrigens nicht, daß jeder ohne Ausbildung in der Lage sei, eine Gruppe von Kindern zu betreuen, ehrenamtliche Hilfe zu leisten oder alte Menschen zu pflegen. Wir denken aber, daß Menschen mit spezieller Ausbildung mehr Zeit und Muße für Pflege und Hilfe ohne finanzielle Zwänge hätten.

Nachdem wir nun Chancen ein eines garantierten Mindesteinkommen dargelegt haben, wollen wir nun seine Funktionsweise schildern.

III. Bisherige Vorschläge für ein garantiertes Einkommen

Im folgenden stellen wir, ökonomisch gesprochen, verschiedene Typen negativer Einkommensteuer vor. Es handelt sich um die Sozialdividende, bei der jeder Bürger den Garantiebetrag erhält, und um die negative Einkommensteuer in dem Sinne, wie sie in den USA vorgeschlagen und getestet worden ist, wobei nur der Arme eine Zahlung erhält. Dem US-Vorschlag ist immanent, daß man vom Garantiebetrag kaum leben kann, vielmehr soll ein Anreiz zur Arbeit hervorgerufen werden.

Da für uns dieser Anreiz mitnichten im Vordergrund steht, weil wir einen Garantiebetrag fordern, der ein Existenzminimum abdeckt, grenzen wir uns ab und nennen unseren Vorschlag 'abgestufte Einkommensgarantie'.

Zunächst ist das Beispiel Speenhamland-System der Armenhilfe zwischen 1795 und 1834 in weiten Teilen Englands erinnert (vgl. Polanyi 1978). Damals stand die Industrielle Revolution vor der Tür, es existierte noch kein kapitalistischer Arbeitsmarkt. Dieser wurde nach Polanyi erst durch dieses System ermöglicht, indem es die alten gesellschaftlichen Werte durchlöcherte und die leistungsunabhängig über einen am Brotpreis gemessenen Lohnzuschuß alimentierten Armen schließlich demoralisierte, so daß eine Trennung von Arbeitsfähigen und Bedürftigen ohne Schwierigkeiten durchgezogen werden konnte. Prinzipiell hoffen wir auf eine positivere Wendung als beim damaligen "Verkehrs-Unfall".

Sozialividende

Unseren Zielen entspräche die Sozialdividende am ehesten (englisch: social dividend tax). Die deutschen Begriffe Teilhaber- Steuer bzw. Bürgergeld deuten an, worum es sich handelt: jeder Staatsbürger erhält eine pauschale Geldsumme ausgezahlt, er avanciert zum "Teilhaber" der Nation, d.h. er ist gewissermaßen am Geschäftserfolg der Firma Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Unabhängig von dieser pro-Kopf-Zahlung gibt es in die- sen Vorschlägen die positive Besteuerung der Arbeitseinkommen.

Eine ordentliche Sozialdividende würde auch die verschämte Armut beseitigen. Erstmals vorgeschlagen wurde sie während des Zweiten Weltkriegs in England (Rhys-Williams 1942). Sie ist administrativ einfach zu organisieren, da jeder sie erhielte und die Finanzämter die Abwicklung erledigen könnten. Im Vergleich mit den komplizierteren Systemen ließen sich Verwaltungskosten eingesparen, jedoch befürchten viele, daß sie insgesamt sehr teuer würde, weil alle Staatsbürger in ihren Genuß kämen. Man vermutete nach dem Krieg, alle Frauen Großbritanniens, die während des Krieges gearbeitet hatten, würden Sozialdividende kassieren, ohne

gleichzeitig Steuern zu zahlen. Mithin müßte man die Steuereinnahmen gewaltig erhöhen.

In Indien hatte man die Sozialdividende im Rahmen einer Steuerreform erwogen, bei der eine Ausgabensteuer eingeführt wurde, die den Konsum der Reichen besteuern sollte, damit diese mehr investieren. Deren Aufkommen wollte man wieder auszahlen. Sie ließ jedoch reichlich Schlupflöcher, so daß ihr Ertrag sehr gering war und man sie einige Zeit später abschaffte. Damit blieb die Sozialdividende in der Schublade (Kaldor 1964).

Auch in der BRD gab es einmal einen Vorschlag zur Sozialdividende, und zwar unter dem Titel Teilhabersteuer bzw. Staatsbürgergeld (Engels 1968, 1973). Jeder Erwachsene sollte einen bestimmten Betrag erhalten, jedes Kind etwas weniger, dazu sollte noch ein gewisser Satz pro Haushalt kommen. Die Summe würde das Finanzamt Monatsanfang überweisen. Zur Finanzierung schlug Engels allerdings vor, sämtliche (!) Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit, insbesondere auch aus Vermögen zu besteuern, mithin vor allem Unternehmen stärker zu belasten, sowie Bezieher von Zinsen. Insgesamt sollte der Staat viel mehr einnehmen, aber auch viel mehr wieder auszahlen. In einer Modellrechnung für 1970 kam man bei einem Bürgergeld von 3000,- DM pro Erwachsenen und Jahr auf 190 Milliarden DM, die dafür notwendig gewesen wären. Dafür hätte man sämtliche Einkommen und Vermögenszuwächse (das ist bedeutend mehr, als heute steuerlich erfaßt wird) mit 40 % besteuern müssen.

Bemerkenswert an diesem Vorschlag ist, daß dann der durchschnittliche Steuerzahler so viel Einkommensteuer zahlen würde, wie er an Bürgergeld bekäme. Die gewaltigen Kosten des Bürgergeldes, die es als unrealisierbar erscheinen lassen, deuten darauf hin, daß dieser Vorschlag des christdemokratischen Ökonomen ein Versuchsballon der Abteilung Propaganda gewesen ist.

Alle Konzepte der Sozialdividende erfordern eine umfassende Besteuerung auch kleiner Einkommen (wegen der Finanzierbarkeit). Bei der negativen Einkommensteuer dagegen rechnet die Behörde die Zahlungen aus, und zwar entsprechend dem erhaltenen Einkommen und den hieraus evtl. schon bezahlten Steuern. Insofern läßt sich die negative Einkommensteuer mit dem bestehenden Steuersystem gut kombinieren, was nun darzustellen ist.

Negative Einkommensteuer

Vor dem Hintergrund zerfallender Arbeitsmoral, steigender Löhne, hoher Arbeitslosigkeit, sozialer Unruhen sowie des Vietnamkriegs unterzeichneten 1968 über 1000 Ökonomen eine Resolution an den US-amerikanischen Kongreß (vgl. US-Congress 1968). Zukünftige Systeme sozialer Sicherung sollten sich demzufolge an vier Grundsätzen orientieren:

1. Zahlungen sind jedem zu gewähren, dessen Einkommen zu gering ist, und nicht mehr nur denjenigen, die ein bestimmtes Kriterium erfüllen, wie etwa, daß sie alt sind oder Kriegsveteran oder alleinerziehende Mutter.
2. Bemessungsgrundlage der Zahlung ist die Größe und Zusammensetzung der Familie bzw. des Haushalts.
3. Die öffentliche Hilfe erfolgt in Geld und nicht in Sachleistungen (wie Lebensmittelgutscheine, verbilligte Mieten, freie Krankenversorgung — 'medicaid').
4. Arbeitseinkommen wird nicht voll von der Transferzahlung abgezogen, sondern nur teilweise, um einen ökonomischen Anreiz zur Arbeit zu schaffen.

Die Idee der negativen Einkommensteuer geht zurück auf den berüchtigten Monetaristen Milton Friedman, der sie seit 1956 propagiert (zu Friedmans Anhängern zählen Pinochet, Begin, Thatcher und Reagan). Der Begriff hat sich in der finanzwissenschaftlichen Terminologie entwickelt, in der staatliche Transfers an die Bürger als negativer Ast des Steuersystems aufgefaßt werden (Friedman 1962). Worum es sich bei der negativen Einkommensteuer im Geiste Friedmans handelt, macht ein anderer dafür vorgeschlagener Begriff deutlich: man solle sie incentive-income-plan nennen (Samuelson 1976). 'Incentive' ist ein steuerlicher Fachterminus und bezeichnet den Anreiz zur Arbeit, den eine Steuer regulieren kann. Aus vielen politischen Debatten zu den Steuergesetzen ist geläufig, daß hohe Einkommensteuersätze die incentives zur Arbeit verringerten und Leistung nicht mehr lohne.

Aus statistischen Untersuchungen hatte man erfahren, daß es unter den Armen auch solche gibt, die trotz Arbeit wenig verdienen, und gerade deren Fähigkeit, mehr zu verdienen (earnings capacity) sollte durch die negative Einkommensteuer erhöht werden (Garfinkel, Haveman 1977). Damit war gemeint, daß sie Gelegenheit bekommen, sich einen besseren Job zu suchen oder eine Ausbildung zu machen, um so in die Gesellschaft eingebunden zu bleiben bzw. eingebunden zu werden.

Zu dieser Armut in den Städten kam es im wesentlichen durch die Technisierung der Landwirtschaft. Seit 1940 wanderten 20 Mill. Menschen aus agrarischen Regionen, vornehmlich im Süden, in die großen Städte des Nordens; der Hauptschub fiel in die 50er Jahre. Da keine ausreichende soziale und ökonomische Integration gelang, explodierten die sozialen Kosten: Polizei, Wohlfahrt, Sozialarbeit, Kriminalitäts- und Gesundheitsfürsorge etc. wurden immer teurer und führten zur *urban crisis*, zur Krise der Großstädte (Piven, Cloward 1977). Erst Ende der 60er Jahre brachte wachsendes Selbstbewußtsein den politischen Druck auf seinen Höhepunkt, und genau dann erarbeitete man die konkrete Umsetzung des Friedman'sehen Vorschlags.

Nun zur Technik

Wie wir eingangs schon darstellten, gibt es im Konzept der negativen Einkommensteuer ein gewisses Mindesteinkommen (G). Diese staatliche Zahlung verringert sich bei zunehmendem Arbeitseinkommen, und zwar nach dem sogenannten negativen Steuersatz (t). Wenn dieser z.B. 50 % beträgt, werden 50 % des Arbeitseinkommens von dem Mindesteinkommensbetrag abgezogen und nur der Rest ausgezahlt. Wie man nachrechnen kann, ergibt sich die Höhe des Arbeitseinkommens, bei dem keine Zahlung mehr erfolgt, indem man vom Mindesteinkommen das — fache berechnet (1/t G). Ist nun t = 50 %, so ist 1/t = 1/0,5=2, weshalb bei einem Mindesteinkommen von, sagen wir, 1.000 und einem negativen Steuersatz von 50% das Arbeitseinkommen, bei dem man keine Transferzahlung mehr erhält, bei 1/0,5 1.000=2.000 liegt. Dieses Arbeitseinkommen bezeichnet man als kritisches Einkommen (breakeven income), unterhalb dessen es also negative Steuern gibt, oberhalb dessen positive Steuern gezahlt werden müssen. Wenn man das Mindesteinkommen und den negativen Steuersatz festgelegt hat, ergibt sich also zwangsläufig das kritische Einkommen. Da ein 50%-iger Steuersatz vom Zuverdienten unterm Strich nur die Hälfte übrig läßt, könnte man nun einen geringeren vorschlagen, z.B. 20%. Bei einem solchen Steuersatz ist jedoch das kritische Einkommen immer 5 mal so hoch wie das Mindesteinkommen. Das führt zu der Konsequenz, daß ein hohes Mindesteinkommen kombiniert mit einem niedrigen Steuersatz die ganze Reform gigantisch teuer macht. Ein Mindesteinkommen von z.B. 800 bei einem negativen Steuersatz von 20 % würde ergeben, daß das kritische Einkommen bei 4.000 liegt, somit erst von da an Steuern gezahlt würden, und daß alle Verdiener mit einem Einkommen unter 4.000 etwas vom Staat erhielten (der Vollständigkeit halber sei bemerkt, daß auch variable Steuersätze möglich wären, was die Problematik aber nur unwesentlich ändert).

Wenn wir für das Arbeitseinkommen Y_a schreiben und für das verfügbare Einkommen Y_v, können wir folgende Formel für die Berechnung des verfügbaren Einkommens aufstellen:

$$Y_v = G - tY_a + Y_a = G + (1 - t)\, Y_a$$

Übrigens gibt es beim bundesdeutschen Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe eine verwandte Regelung, nach der zusätzliches Einkommen nur zu 50% angerechnet wird.

Freibetrag oder Armutsgrenze?

Verschiedene Ökonomen haben sich Gedanken gemacht, wie hoch man Mindesteinkommen und Steuersatz wählen könnte. Friedmann schlug ursprünglich vor, das Mindesteinkommen an den steuerlichen Freibeträgen zu orientieren und diesen noch etwa 10 % für Sonderausgaben zuzuschlagen. Mit diesem Betrag wäre zwar nicht unbedingt ein kulturelles Minimum abgesichert, vielmehr wären die öffentlichen Hände geschont, aber immerhin wäre ein Anfang in Richtung beschäftigungslosen Einkommens gemacht. Obwohl Friedman im Prinzip eher für Privatisierung ist, setzt er sich in puncto Wohlfahrt für staatliche Zahlungen ein, und zwar nicht nur, weil er Bettler unansehnlich findet, sondern vor allem wegen des monetären Anreizes. Deshalb plädiert er für ein System, in dem zusätzlich verdiente Dollar den Armen besser stellen.

Später gab es in den USA aber auch Vorschläge, nicht die steuerlichen Freibeträge, sondern die höher liegende "Armutsgrenze" (poverty line) als Mindesteinkommen zuzubilligen. Diese Armutsgrenze berechnet sich folgendermaßen: man geht von der statistischen Erkenntnis aus, daß eine durchschnittliche vierköpfige US-Familie 1/3 ihres Einkommens für Lebensmittel ausgibt. Nun läßt man vom US-Landwirtschaftsministerium berechnen, welcher Betrag für Nahrungsmittel unbedingt notwendig ist, und multipliziert diesen mit 3. Das Ergebnis stellt die Armutsgrenze dar, wie sie dann auch den Experimenten zugrundelag (Schwartz 1964). Ein Mindesteinkommen in Höhe der Armutsgrenze ist damit, pauschal verglichen, großzügiger berechnet als die bundesdeutsche Sozialhilfe, was man auch daran sieht, daß bei den US-Experimenten mit Armutsgrenzen zwischen 50-75% simuliert wurde.

Zur Höhe des Steuersatzes

Wie dargestellt, macht ein hoher Steuersatz die ganze Reform billiger als ein niedriger. Wegen des mangelnden Arbeitsanreizes scheiden Steuersätze über 50% nach Meinung aller Ökonomen aus, weil dann überhaupt kein zusätzlicher Job mehr gesucht, wird (es bliebe ja weniger als die Hälfte der Bezahlung übrig). Auch 50% wird noch für wenig ermutigend gehalten, so z.B. von Tobin. Niedrige Steuersätze machen die Reform aber teuer. Wenn man eine solche Reform allmählich einführt, kann man deren Wirkung und Kosten beobachten und letztere über die Veränderung der Mindesteinkommenshöhe und des Steuersatzes beeinflussen. Das soll nicht heißen, daß unserer Meinung nach das Finanzierungsvolumen vorzugeben ist und dann das Mindesteinkommen bestimmt wird, aber denjenigen, die die Reform von vornherein für unfinanzierbar halten, läßt sich entgegensetzen, daß eine Kostenexplosion verhindert werden kann (vgl. Rolph in: Recktenwald 1969).

Im übrigen wurden Vorschläge entwickelt, wie sich das Steuer- und das Transfersystem ohne abrupten Übergänge verbinden ließe. Dazu gehört, ob die Transfers im Nachhinein oder im Voraus zu zahlen sind. Auch ist bedeutsam, welcher Periode das anzurechnende Einkommen zuzurechnen ist. Es gibt also genügend technische Detailfragen, die sicher lösbar sind (vgl. Green 1967, Tobin 1967, Pfähler 1971).

Schwarzarbeit — Steuerrevolte

Die Erfassung von Nebeneinkünften kann zum Problem werden, weil man sich mit negativer Steuer plus Schwarzarbeit recht gut stellen dürfte. Daraus wird leicht eine Steuerrevolte der Noch-Beschäftigten resultieren. Man muß wohl überlegen, wie man wenigstens die legalen Nebenverdienste erfassen könnte, weil sonst Ungerechtigkeit und Unmut zu hoch werden. Der Staat kann Schwarzarbeit verbieten, verhindern kann er sie nicht, weder heute noch in Zukunft.

Wer soll es bekommen?

In den US-amerikanischen Plänen sollten nur vollständige Familien, Alleinstehende mit abhängigen Kindern sowie Alte und Behinderte die Bezugsberechtigung erhalten. Weniger diskriminierend wäre es, so meinen wir, ein Mindesteinkommen pro Erwachsenen zu gewähren, pro Kind ein etwas geringeres und noch einen gewissen Satz pro Haushalt hinzuzufügen, so daß letzterer die Bezugsgröße gegenüber dem Finanzamt wäre. Im übrigen sollte man bei Senioren und behinderten Menschen Extrazahlungen einsetzen, da sie weniger leistungsfähig sind und ein einheitlicher Steuersatz eher zynisch wäre.

Family Assistance Plan

Was war denn nun aus den US-amerikanischen Plänen geworden? Nixon brachte 1969 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag ein, der 1972 mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Statt dessen wurde beschlossen, soziale Experimente mit verschiedenen Sätzen von Steuerrate und Garantiebetrag durchzuführen.

Eingeführt wurde 1972 die negative Einkommensteuer für Alte, Blinde und Erwerbsunfähige. Das Basiseinkommen beträgt 1.600 Dollar bei einem Steuersatz von 50% und einem Freibetrag von 720 Dollar, was zu einem kritischen Einkommen von knapp 4.000 Dollar führt.

Credit Income Tax

Effekte haschen, aber vielleicht nicht nur, sollte wohl der Wahlkampfvorschlag George McGoverns, der in der Präsidentschaftswahl 1972 1.000 Dollar pro Kopf und Jahr versprach. Sein Beraterstab nannte dies 'credit income tax'

und meinte damit Transfers, die mit eventueller Steuerschuld zu verrechnen sind. Diese Zahlung sollte sich in Abhängigkeit vom Einkommen verringern und bei 12.000 Dollar Jahreseinkommen auf Null absinken (Almsick 1981). Für US-amerikanische Verhältnisse wären 1 000 Dollar schon eine erhebliche Verbesserung gewesen, obwohl wir nicht wissen, inwieweit beabsichtigte Streichungen im welfare-Programm die Situation einzelner Gruppen verschlechtert hätte. Im übrigen können wir von hier aus nicht einschätzen, was McGovern im Falle seiner Wahl wirklich eingelöst hätte.

Von ihrem technischen Charakter her steht die credit income tax zwischen Sozialdividende und negativer Einkommensteuer. Vom Konzept der Sozialdividende übernimmt sie, daß die Zahlung im Prinzip automatisch an jeden geht, während bei der negativen Einkommensteuer eine Zahlung — mehr oder weniger auf Antrag — erst erfolgt, wenn das Einkommen entsprechend gering ist. Jedoch wird bei der credit income tax der Garantiebetrag, im Gegensatz zu anderen Modellen der Sozialdividende, einkommensabhängig verringert. Sie wird sozusagen dem bestehenden Steuersystem aufgesetzt.

Fassen wir zusammen: Die Sozialdividende käme unseren Vorstellungen am nächsten, sie ist jedoch politisch schlecht darzustellen, weil das Finanzvolumen brutto gerechnet zu hoch ist. Ein Mindesteinkommen in Form einer negativen Einkommensteuer ist technisch ebenso machbar, aber politisch eher durchsetzbar. Die entscheidenden "Details", nämlich Mindesteinkommenshöhe, Steuersatz, Zahlungsmodus und Bezugsberechtigung, sind politisch und nicht von Wissenschaftlern zu entscheiden.

IV. Die abgestufte Einkommensgarantie

Zur Problematik der negativen Einkommensteuer

Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse der sozialen Experimente mit der negativen Einkommensteuer (NES) in den Vereinigten Staaten zusammengefaßt (siehe Anhang).[(1)] Das hervorstechende Resultat lautet, daß die Ökonomie nicht zusammenbricht, sondern sie wird eine negative Einkommensteuer verkraften. Die Arbeitsmoral bleibt erhalten und die Beschäftigungseinbrüche wären gering, wenn das Wohlfahrtssystem nach dem Modell einer NES reformiert werden würde (vgl. Gerhardt 1979). Selbst dann, wenn die Transfers an die Löhne der unteren Lohngruppen heranreichen, bleibt die Arbeitsmoral stabil.

Erst im letzten und umfangreichsten Test, der in Seattle und Denver bis zum Jahr 1976 durchgeführt wurde, konnten zahlreiche Widersprüche der vorangegangenen Experimente ausgeräumt werden. So sind Ehemänner und (alleinstehenden) Wohlfahrtsmütter eher durch die Höhe des Basiseinkommens beeinflußbar, während die Steuerrate sich auf das Arbeitsverhalten der Ehefrauen auswirkt. Fallen die staatlichen Transferzahlungen mager aus, so ist die Bereitschaft zur Arbeitssuche in den Experimentiergruppen ähnlich hoch wie in den Kontrollgruppen. Verbessern sich die staatlichen Hilfeleistungen, geht das in Stunden gemessene Arbeitsangebot insgesamt leicht zurück. Doch im oberen Bereich der Transferpläne steigt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden der NES-Empfänger wieder an, was sich auf entsprechend starke Konsumwünsche und die Arbeitsplatzsicherheit zurückführen läßt.

Die in den Statistiken sichtbare Arbeitszeitverminderung resultiert aus der verlängerten Sucharbeitslosigkeit der NES-Bezieher. Sie sind länger arbeitslos, suchen intensiver nach besseren Jobs und nehmen öfter an Aus- oder Fortbildungsmaßnahmen teil. Haben einige von ihnen dann einen Arbeitsplatz gefunden, richtet sich ihr Arbeitsverhalten nach den vorgegebenen institutionellen Bedingungen im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten. Die Arbeitsangebotsverminderung geht nur unwesentlich auf geringere Überstundenarbeit und/oder reduzierte Teilzeitbeschäftigung zurück. Die negative Einkommensteuer wird also als eine Art Arbeitslosenversicherung genützt.

Erwerbsgewohnheiten von Frauen lassen sich häufig noch aus ihrer geschlechtsspezifischen Rolle als Hausfrau und Mutter ableiten. Dennoch erhöht sich ihre Erwerbsquote. Hinzu kommt, daß sich die Erwerbsgewohnheiten der Jugend verändern. Sie zeigte sich im doppelten Sinn besser als ihr Ruf: Angepasste werden fauler, aber die Unabhängigen werden

[(1)] Gerne erstellen wir ein wissenschaftliches Gutachten über die Erfahrungen mit der Negativen Einkommensteuer in den USA und unserem Vorschlag der abgestuften Einkommensgarantie.

strebsamer. Die Kosten einer NES-Reform werden unter heutigen Bedingungen die der althergebrachten Programme übersteigen. Dieses Urteil ist relativ und hängt von zwei Faktoren ab: zum einen, welche Programme ersetzt werden sollen; geplant ist, die Erziehungsbeihilfe für alleinstehende Frauen mit Kindern (AFDC) und die Lebensmittelmarken zu substituieren.[2] Wenn diese Maßnahmen kostenmäßig weiter so steigen wie in den 70er Jahren, würde sich eine negative Einkommensteuer relativ verbilligen. Zum anderen wird bei der Beurteilung der Kosten einer Reform meist darauf verzichtet, gesamtgesellschaftliche Effizienzkriterien anzuwenden.

Als wichtigstes Ergebnis für die NES-Forscher in den USA kann somit festgehalten werden: Es kommt bei der Beurteilung der experimentellen Resultate gar nicht so sehr darauf an, wie hoch die prozentuale Arbeitsstundenverminderung ist, wie es überhaupt auf den ersten Blick merkwürdig anmuten mag, daß ein Anreizmechanismus, statt erhöhte Arbeitstätigkeit hervorzurufen, darauf ausgerichtet ist, die Erosion der Arbeitsmoral vermeidet oder verzögert. Das dürfte viel wichtiger sein als die Frage, ob die neoklassische Arbeitsmarkttheorie stichhaltig ist oder nicht. Schließlich ist es für den Staat nicht gleichgültig, ob die soziale Desintegration zunimmt. Die Fiskalpolitik gewänne mit einer NES an Gewicht.

Bevor wir nun die Experimente einer kritischen Würdigung unterziehen, seien zunächst einige formale Kriterien hinsichtlich der Relevanz der US-amerikanischen Reformvorschläge für die bundesrepublikanische bzw. europäische Ebene angeschlossen. Es ergeben sich eine Reihe von Problemen hinsichtlich der Übertragbarkeit der NES auf europäische Verhältnisse. Zu den Merkmalen und Besonderheiten folgende Stichpunkte

— Unterschiedliche Sozialstandards und Inanspruchnahme von Wohlfahrtsleistungen (take-up rate);
— Einstellung zur Arbeit (protestantische Arbeitsmoral);
— Unterschiede der einzelnen Länder bezogen auf die durchschnittliche tägliche, wöchentliche Jahres- und Lebensarbeitszeit;
— Vorhandensein von Arbeitsgesetzen, Tarifpartner; Arbeitszeiten; Unterschiede in den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern („Joe, you are hired — Joe, you are fired.“);
— unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen;
— Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung und der prekären Beschäftigung;
— unterschiedliches Lohnniveau und unterschiedliche Einkommensstruktur;
— strukturelle Unterschiede sowie fehlende politische und ökonomische Homogenität in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft;
— unterschiedliches Ausmaß sozialer Konflikte jenseits und diesseits des Atlantik.

Es ließe sich einwenden, wir hätten in der Bundesrepublik oder auf europäischer Ebene kein Mindesteinkommen nötig, weil die Situation der unteren Einkommensgruppen etwa durch die Kindergeldregelung nicht mit der Ghettoarmut in den USA zu vergleichen sei. Wir sind skeptisch, ob Lohnarbeit gegen Armut hilft oder alle Menschen glücklich macht. Die Reparatur der Umwelt braucht neben Erwerbsarbeit auch jene Berufspraxis, die nicht mit dem System der Lohnarbeit zu leisten ist oder nicht geleistet werden sollte. An dieser Stelle geht es weiter mit der negativen Einkommensteuer.

Die Intentionen: Wir möchten nun den Planern der sozialen Experimente einer Negativsteuerreform in den Vereinigten Staaten erstmal folgende allgemeinen Zielsetzungen unterstellen: Armutsverminderung; bedarfsgerechte Steuerung des Arbeitsangebots, Konservierung der Arbeitsfähigkeit der kurzzeitig und längerfristig Erwerbslosen, Aufrechterhaltung des Drucks auf die Löhne und der Arbeitsplatzkonkurrenz, damit ein Arbeitskräftepotential sich selbst bei größerem Rückgang der Arbeitsnachfrage nicht 'unabhängig' macht; Befriedigung sowohl der Ghettoarmut und Anbindung des von Proletarisierung und Einkommensarmut bedrohten Mittelstands an die alten gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen und Lebensstile (boot strap theory); Verminderung allgemeiner Reibungsverluste; Straffung, Vereinheitlichung und Effektivierung des amerikanischen Wohlfahrtssystems.

[2] AFDC = Aid to Families with Dependant Children; Programm, das alleinstehenden Müttern finanzielle Hilfe zugesteht; in einigen Bundesstaaten erweitert auf vollständige Familien, in denen der Vater arbeitslos ist; bedeutender Anstieg der Zahlungen seit den späten 1960ern.

Die Armut: Zunächst läßt sich an diesen Leitbildern eine modernisierte, aufgeklärte, aber technokratische Haltung gegenüber dem Armutsphänomen erkennen. Sie wird heute eher den gesellschaftlichen Umständen zugeschrieben als individuellem Fehlverhalten oder dem gottgewollten Schicksal. Wir erinnern an einen ähnlichen Sinneswandel im Mittelalter, wo die Bedürftigen und Randgruppen hoch angesehen waren. Die Schaffung der Arbeitsgesellschaft erforderte dann eine Jahrhunderte währende Entwicklung der Trennung von Arbeitsfähigen und Krüppeln, die z.B. in England 1834 mit einer Armengesetzgebung besiegelt wurde, die die einen in die Fabriken und die anderen in die Armenhäuser einschloß. Etwas anderes wird durch die Geschichte des welfare protests beschrieben: die Zahlungen an die Armen sind in ihren Schwankungen und der Höhe abhängig vom politischen Widerstand der Unterprivilegierten (Piven/Cloward 1977). Gegen jegliche Wohlfahrtsreform sind tendenziell die Konservativen, weil sie um die Macht fürchten, eher für Reformen sind die Liberalen in der Hoffnung auf die schwarze Wählerschaft. Beide könnten sich einig werden, wenn in der abgestuften Einkommensgarantie eine Versicherung gegen die Revolution gesehen wird, so wie beim erwähnten Speenhamland-System.

Die Modifizierung alter sozialpolitischer Vorstellungen sehen wir somit als mögliche Adaption an die gewandelten ökonomischen und ordnungspolitischen Bedingungen und an die Erfordernisse eines modernen Arbeitsmarkts, der sich in den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapital aufgrund der ständigen technologischen Umstrukturierungen fortwährend neu formieren muß. Die NES ist eine Sozialtechnik somit Antwort auf soziale Unzufriedenheit. Das wirft zum einen ein Schlaglicht auf die Durchsetzungschancen, zum anderen wird eine wiederentdeckte Sichtweise der neueren Marx-Forschung bestätigt, daß Technik immer auch einen sozialen Hintergrund hat (vgl. Müller 1981).

Armut im reichsten Land der Erde wird oft als ein reparaturbedürftiger Übelstand begriffen, doch fürchtet man, die Armen wollten die ganze Hand, reichte man ihnen erst einmal den kleinen Finger. Hieraus leiten sich die nächsten Schritte ab.

Die Gefahr: Der Staat hat immer mehrere Möglichkeiten zur Krisenbewältigung. Repression kann keine Antwort auf die Sinnkrise und die Verläßlichkeit sozialer Beziehungen. Anders wirkt der monetäre Mechanisrnus zur Disziplinierung der Nicht-Arbeiter und dazu Lohnarbeiter zu Konzessionen zu bewegen. Die negative Einkommensteuer entspricht je nach Ausgestaltung dieser neuen Rolle. Ein solches Instrument könnte sein, indem sie aufgrund entfallender Bedürftigkeitsprüfung die Diskriminierung auf den Ämtern und gegenüber den Nachbarn mindert. Dies aber unter der Gefahr, viel wirksamer untergeordnet zu werden. Das positive Moment hoben wir hervor mit der Betonung des Garantieeffekts und der partiellen Trennung von Lohn und Leistung. Der Pferdefuß wird beschrieben einmal durch die evtl. mageren Zahlungen und durch die erläuterte Anreizwirkung aus dem Wechselspiel zwischen Basiseinkommen und Steuerrate. Kurzfristige Verfassungsänderungen hinsichtlich dieser beiden Aktionsparameter dürften mithin verheerende Folgen für Empfänger dieser öffentlichen Gelder haben, die im Gegensatz zu den Noch-Beschäftigten über keine oder historisch unzureichend entwickelte ökonomische Druckmittel verfügen. Hier wären phantasievolle Gegenstrategien von Nöten (*trial and error*). Zudem liegt im Mechanismus selbst ein Widerspruch. Bei verminderten Zahlungen, verringert sich nämlich auch die Zieleffizienz des Disziplinierungsinstruments. Natürlich könnte "das System" mit einer ausgeklügelten Kombination von Repression und Konzession reagieren; zu behaupten, der 'innere Polizist' würde immer ganz schnell durch den 'äußeren' ersetzt, traut dem Staat eine größere Hegemonie zu, als er in Wirklichkeit besitzt. Deshalb beinhaltet die Gefahr immer auch die Möglichkeit.

Der Balanceakt: Soziale Kontrolle ist keine Einbahnstraße. Ziviler Ungehorsam und Subversion treten immer wieder in Wechselbeziehung. Das zeigt die These, wonach die Arbeiter die Krise mit ihren Forderungen selbst produzierten und damit zum Scheitern des keynesianischen Projekts beitragen (Günther-roth 1976). Dies deckt sich mit der Phillipskurve, wonach die Rate der Arbeitslosigkeit die Inflation bestimmt. Was in den Fabriken abläuft, wird außerhalb Schattenwirtschaft, Eigenarbeit oder eben kollektive Selbstversor-

gung genannt. Wir kommen dorthin mit der Fahrkarte, die abwertend Anspruchsdenken genannt wird, den Zug können wir aber nur besteigen, wenn dem Regime des vermeintlichen Sachzwangs entsagt wird. Mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung würden wir aus diesem Grund — und, weil wir damit auf der Domäne des Kapitals kämpften — auf dem falschen Bahnhof stehen. Sind wir aber am Ende der Arbeitsgesellschaft auf die Reise vorbereitet? Mit dem garantierten Einkommen gewinnen wir Zeit, uns dazu mehr zu überlegen. Wenn Arbeit Mensch und Natur zerstört, wenn in einer Abkopplung von den Konsumstandards eine Hoffnung liegt, wenn die Abschaffung der Lohnarbeit in einer anderen Sicht liegt, wenn der neue gesellschaftliche Konsens im garantierten Mindesteinkommen läge, dann ist es dringend geboten, die Problematik konventioneller sozialistischer Strategien zu erkennen. Neuerdings wird unter Linken deshalb diskutiert, daß Vergesellschaftung mitnichten etwas mit der Emanzipation der Menschen zu tun hat, sondern allenthalben zu verbürokratisierten Strukturen führt. Ohne besonders die finanzielle Unmöglichkeit einer totalen A-13-Dienstleistungsgesellschaft hervorheben zu müssen, kann deshalb die Chance der Krise herausgemeißelt werden; sie liegt in einer Selbstüberwindung des Systems (ohne Garantieschein und ohne Automatismus), im Aufwachen aus einer Art Trauma: der Beschäftigungsillusion; in der Emanzipation von der Arbeitsgesellschaft und den mit ihr verbundenen Zwängen, Mechanismen und Strukturen.

Konsens oder Konflikt: Das beschäftigungslose Einkommen ist weder eine Frage des politischen Systems, noch ist es ausschließlich systemimmanent. Den Hintergrund des Sozialdividende-Vorschlags bildete die Absicht, eine fundamentale Übereinstimmung der Bürger mit der rechtsstaatlichen Ordnung abzusichern, indem jeder erstmal ein Taschengeld bekommt. Der Versuch, wonach ökologische, politische und soziale Ziele nur über gesellschaftliche Konflikte mit den Organen der öffentlichen Macht auszufechten seien, ist gescheitert. Massendemonstrationen anläßlich der brennenden Fragen -unserer Zeit können nicht in alle Zukunft hinein alleiniger Motor der gesellschaftlichen Veränderung sein, der Glanz des Neuen ist hier oft genug verblaßt. Will man gerade in der Finanzkrise des Staates nicht nur die Erosion sozialstaatlicher Prinzipien eindämmen, sondern ein Garantieeinkommen durchsetzen, bedarf es mehr als kurzlebiger Revolten und Proteste auf der Straße, bedarf es mehr als der Anbiederung an eine neue und sublime Herrschaftstechnik, bedarf es mehr als der Hervorhebung von dubiosen Effizienzgewinnen. Schwerer als der moralische Anspruch, kollektive Selbstversorgungsstrukturen für lebbar zu halten, wiegt der neue Lebensstil zur vermehrten Eigenproduktion: Die Haushalte fragen weniger oder andere Dienstleistungen nach. Die Tendenz zur Selbstversorgung mag nicht stabil sein, aber der Konsumrausch braucht keine unumstößliche Tatsache zu sein wie Gershuny (1978) für Großbritannien und Schmitt (1980) für die Bundesrepublik gezeigt hat.

Wie wir im weiteren beleuchten werden, ist nicht nur eine Trennung von konsumtiven und investiven Staatsausgaben problematisch. Ein neuer gesellschaftlicher Konsens sollte zudem die kritische Distanz zum wirtschaftlichen Wachstum einschließen. Dies, so unser Petitum, ist mit einem garantierten Mindesteinkommen vorstellbar. Mit dem Basiseinkommen wird zugleich das Streben nach Selbstbestimmung außerhalb oder neben der Marktökonomie anerkannt, was im Gemeinwohlinteresse liegt, denn an sozialen oder ökologischen Diensten herrscht Bedarf, jedoch mangelt es an kaufkräftiger Nachfrage. Auch zukünftig werden in diesem Sektor keine hohen Tarifgehälter gezahlt. Wenn Kohl (1982) oder von Amerongen (1983) eine Dezentralisierung der Sozialdienste anstreben, dann unterscheiden wir uns von beiden nicht nur bei der generellen Zielrichtung, was den Inhalt der Selbstversorgung ausmacht, sondern auch darin, daß wir dafür Existenzsicherung wollen.

Wir beantworten die Frage 'Umbau oder Abbau des Sozialstaats' (Altvater 1982) also mit einem eindeutigen „Ja“ zum Ausbau, nur sehen wir den sozialen Konsens organisatorisch auf kollektiver entstaatlichter Ebene angesiedelt. Es wäre Roßtäuscherei, hier den Bruch mit dem traditionellen sozialistischen Vergesellschaftungsmuster zu verkennen.

Die Annahme wäre illusionär und töricht, die Verbindung zur Erwerbswirtschaft reiße mit dem Mindesteinkommen abrupt ab. Konsumfreude, Frustkäufe und monetäre Arbeitsanreize beeinflussen das Verhalten weiterhin. So kam es bei den NES-Experimenten stets darauf an,

(a) nachzuprüfen, wie weit die quantitativen Methoden der bürgerliche Sozialforschung gediehen sind; haben diese sich perfektioniert,ist nunmehr alles kontrollierbar geworden; gibt es den 'gläsernen Menschen' bereits, kann man exakte Rückschlüsse auf qualitative Kriterien wie psychisches Wohlbefinden und politisches Wohlverhalten ziehen, ist eine Verschwörung der Reichen gegen die Armen im Gange?

(b) zu betonen, daß uns nichts an einer — wie auch immer gearteten — "alternativen" Politik "von oben" liegt. Emanzipation setzt nach allen bislang gemachten Erfahrungen ein geändertes Politikverständnis, die Handlungsfähigkeit der Massen, voraus (Negri 1982). Die Grundlage unserer Handlungsfähigkeit ist das Gegenteil von Hunger, Not und Elend und setzt existenzsichernde Freiräume voraus (zur Unsinnigkeit der Verelendungstheorie: vgl. Wagner 1976).

Ansatzpunkte

Arbeit zerstört Mensch und Umwelt, wenn - wie so oft - die Ökonomie die Oberhand gewinnt. Mit dem garantierten Einkommen versuchen wir, die Zwangsehe von Produktion und Sozialpolitik zu entflechten und greifen damit auch einen Gedanken von Galbraith auf (1958, 1972: 264 f.), der von der negativen Einkommensteuer annimmt, sie könne den sozialpolitischen Ansporn zu höchster Produktion abstumpfen. Wir versuchen, das Augenmerk der subjektiven Wertschätzung von den Konsumreizen abzulenken und auf Formen kollektiver Selbstversorgung zu richten. Das ist nicht zuletzt ein Versuch, die Krise erträglich zu machen. Ein anderer ist mit Nullwachstum/ qualitativem Wachstum vorgeschlagen worden; von diesem halten wir nicht viel wegen seiner Unmöglichkeit aufgrund der Eigendynamik der Wirtschaftsgesellschaft: Es kann nachgewiesen werden, daß der soziale Motor der Produktion die konjunkturellen Schwankungen braucht. Wir brauchen hier nicht darauf einzugehen, welche theoretischen und/oder technokratischen Gedankenspiele hierzu angestellt werden. Für unseren Zusammenhang wichtig ist die Aussage, daß das garantierte Einkommen den Prozeß der Wirtschaftsschrumpfung nicht einleiten wird, aber lebbar macht. Zumal er eingeleitet *ist* ('Die Arbeiter produzieren die Krise', vgl. Güntherroth 1976), zudem das garantierte Einkommen ein Instrument zur Linderung der Krisenfolgen ist und drittens sich die Frage stellt, ob es zu niedrigeren Investitionsquoten und Wachstumsraten kommt, wenn ein Sozialloh Sozialloh garantiert wird. Das hängt von den Überwalzungsmöglichkeiten der Sozialleistungen auf die gesellschaftlichen Gruppen ab; Die Inzidenzproblematik fragt danach, ob die Transfers schließlich von den Arbeitnehmern getragen werden müssen oder die Profitquoten schmälern. Dies liegt an der Stärke und Kampfkraft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir behaupten aber, daß es eine Wechselwirkung zwischen ihr und den übrigen sozialen Bewegungen gibt. Positiv gewendet: hier ergeben sich Ansatzpunkte für Bündnisse zwischen fortschrittlichen Gewerkschaftern und der ökologischen Bewegung.

Zu diesem Zweck ist es hilfreich, Argumente zu sammeln, warum der Schutz der allgemeinen Produktionsbedingungen für die Gesellschaft hilfreich und ihre Entwicklung auf Freiwilligkeit beruhen sollte. Es folgen unsere Finanzierungsvorschläge zum garantierten Einkommen. Weiter wird kurz auf Diskussionen über direkte Einkommensübertragungen in der Landwirtschaft eingegangen, um schließlich die Frage nach politischer Durchsetzbarkeit und Bündnispartnern zu streifen.

Alternative Infrastruktur und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Die außerökonomischen Grundlagen der Produktion verdienen Anerkennung (vgl. z. B. 'Global 2000': 840). Die soziale Infrastruktur wird allerdings nur in der betrieblichen und nationalen Buchhaltung vermerkt, wenn sie ihren geldlichen Ausdruck als Vorleistung oder steuerliche Abgaben findet. Zum geringen Teil werden direkte oder indirekte Verluste (negative Externalitäten der Produktion), die als Folge uneingeschränkter wirtschaftlicher Tätigkeit und zerstörerischer Produktionsprozesse auftreten, auch getragen, aber dann meistens von Drittpersonen oder der Allgemeinheit. Diesen Teil möchte man in der Finanzwissenschaft den Verursachern als soziale Kosten aufbürden (internalisieren) — zumindest insofern sie diese tragen können.

Externe Effekte können auch positiv sein, dann möchte niemand davon abgeben (Negt/Kluge 1981). Unter diese Schätze fallen die indirekt produktiven, historisch sich verändernden allgemeinen Produktionsbedingungen, die der Wirtschaft mehr oder weniger kostenlos zur Verfügung stehen: 'Sozialisierung der Verluste — Privatisierung der Gewinne. Die Leistung der Frauen als Hausfrauen und Mütter wird genauso wenig entlohnt wie die der Alternativen, die heute kulturelle und soziale Grundlagen der Produktion schaffen.

Der herkömmlichen Lesart gemäß haben freie Güter keinen Preis, auch wenn ihre Reparatur oder ihr Mangel erhebliche Kosten verursacht. Neuerdings bemüht man sich deshalb in der ökonomischen Theorie, hierfür gesamtgesellschaftliche Maßgrößen anzugeben. Diese Ansätze erscheinen mehr (Leontief 1982) oder minder (Juster/Land 1981) sinnvoll. Zur zweiten Kategorie gehören die Sozialindikatoren- und Potentialfaktorenmodelle. Ihr theoretisches wie praktisches Scheitern erklärt sich nicht nur aus der Unmöglichkeit, die verwendeten Variablen ständig an neue soziale Gegebenheiten anpassen und modifizieren zu müssen, sondern auch, weil einige Phänomene nicht erfaßt werden:

— die umweltschädlichsten Produkte und Produktionsverfahren werden abgesetzt oder ins Ausland verlagert, womit höchstens einer gewissen Optik Genüge getan wird;

— die nicht vorhandenen Preise der allgemeinen Produktionsbedingungen werden nach Augenmaß festgelegt, d. h. gegen die erklärte Absicht, ein objektives Maß zu entwickeln;

— die Möglichkeit von Umverteilung soll ausgeschlossen werden, indem man einen 'Gesamteinkommensbegriff' definiert, der der weniger entfremdeten Tätigkeit der Alternativen eine höhere subjektive Wertschätzung beimessen würde: dafür gibt es weniger Geld, Umweltdelikte werden nicht verfolgt oder bleiben folgenlos.

Mit diesen Modellen würde eigentlich nichts wirklich verändert. Es kommt ihnen nur auf die politische Zufriedenheit (political wellbeing) der Menschen an, auch wenn alles zugrundegehen sollte.

Mit einem sinnvolleren Ansatz wollen wir deshalb unseren Vorschlag der abgestuften Einkommensgarantie argumentativ stützen: Folgendes ökonomisches Modell, entwickelt aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ermöglicht die Erfassung der allgemeinen Produktionsbedingungen, worunter auch sozio-politische Faktoren fallen. Es ergibt sich eine sinnvolle Herangehensweise, sofern *alle* zur Erstellung eines bestimmten Bruttosozialprodukts nötigen Güter und Dienste samt ihrer Vorleistung in einer Input-Output-Tabelle aufgelistet werden. Die Leistungen der sozial-kulturellen Infrastruktur, die freien Güter der Natur, die Hausfrauenarbeit, die innovative Kraft sozialer Bewegungen usw. gehen als Vorleistungen in die Produktion der materiellen Güter ein, sie bedürfen ihrerseits materieller Vorleistungen (was sich in einer eigenen Produktionszeile ausdrückt). Weil die Größe dieser Ressourcen in einem festen, limitationalen Verhältnis zur materiellen Produktion stehen, kann sich letztere ggf. nur ausdehnen, wenn auch die besagten Inputs proportional anwachsen. Mit anderen Worten: Intakte Umwelt und finanzielle Zufriedenheit der Bürger erst ermöglichen weiteres Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist, daß damit eine Interdependenz zwischen der Summe der allgemeinen Produktionsfaktoren und dem hergestellt wird, was heute im Meßkonzept des Bruttosozialproduktes (BSP) sich unvollständig wiederfindet.

Das weitere Verfahren ist: Die Leistungen des alternativen Sektors bemessen sich nach dem ricardianischen Subsistenzlohn, den Reproduktionskosten der Nicht-Arbeiter. Die Wechselwirkungen dieser nunmehr um die allgemeinen Produktionsbedingungen erweiterten Sektoren beschäftigt die Ökonomen unter dem Begriff "Kuppelproduktion", eine praktikable Verrechnung erfolgt üblicherweise über steuerliche Umlagen. Mit einer solchen Umlage hätten wir es im Fall des ökologischen Einkommens, der abgestuften Einkommensgarantie, zu tun.

Das theoretische Fundament steht auf zwei Säulen:

Zunächst die marktwirtschaftliche Seite. Aufgrund einer veränderten Kostenstruktur würde die Ökologie gestärkt. Würde so die Umweltverschmutzung nicht mehr extra staatlich

subventioniert, so erhöhten sich die relativen Preise von Produkten und Produktionsverfahren mit schädlichen Nebenwirkungen ("Entsorgungsproblematik"). Es könnte nur noch dasjenige kostengünstig hergestellt werden, was umweltverträglich ist. Dazu sind umfassende Stoffbilanzen über den ganzen Produktionsprozeß hinweg zu bilden.

Die zweite: Im sozialen Bereich soll mit der schwindenden Bedeutung des Arbeitsentgelts als einziger Einkommensquelle (außer dem Vermögen) der Marktmechanismus partiell außer Kraft gesetzt werden. Die Heilung von Mensch und Natur würde dafür subventioniert. Dies muß nicht generell einer Verhinderung von ökonomischem Wachstum gleichkommen, wie z.B. O`Connor (1974) zeigte: gerade in der Finanzkrise des Staates gilt es, soziale Kosten in produktives "Sachkapital" umzuwandeln. In der marxistischen Literatur liegt etwa im Verständnis produktiver und unproduktiver Arbeit große Verwirrung vor (vgl. Prokla, dagegen: Tronti 1974). Wir behaupten, eine solche Trennung entbehrt heute mehr denn je der Relevanz, zeigt doch obiges Modell gerade den Irrtum jener Sichtweise, die im industriellen Sektor den eigentlich wesentlichen und notwendigen vermutet, von dem ein autonomer Sektor parasitär lebte. Es wäre der Nachforschung wert, inwieweit z.B. die Entwicklung der neuen Technologien nur auf der Folie kreativer Jugendbewegungen denkbar gewesen ist (für eine erste Näherung vgl. Stern-Magazin 16/1983: 140-187). Ebenso sollte der Umweltprotest unter dem Aspekt der Abrüstung in ökonomischer und militärischer Hinsicht gesehen werden

Finanzierungsvorschlag

Die Entwicklung der Produktivkräfte macht es möglich, daß Erwerbslose auch finanziert werden können. Gleichzeitig darf das Volkseinkommen nicht nur konsumiert werden, sonst reißt der Produktivitätszuwachs ab. (Im übrigen erwarten die Erwerbstätigen von den Arbeitslosen eine Gegenleistung für die Subsistenzmittel.) Gleichzeitig sind Sozialausgaben keine freiwillige Leistungen, die beliebig zu kürzen sind. Nützliche Tätigkeiten stehen oft außerhalb der Lohnarbeit. Vorwürfe, die Alimentierten mißbrauchten das sozialen Netzes als Hängematte haben eine lange Tradition — ein Netz, von dem Wolf Wagner (1982) behauptet, es sei umgestülpt: je nötiger, desto tiefer hängt es, und gerade dort sei es weitmaschig und brüchig. Die auf diese Art legitimierten Streichungen sind de facto lächerlich, dienen ausschließlich Propagandazwecken auf anderem Terrain, z. B. an der Lohn"front".

Wir kennen dieses Poker der Umverteilung nach oben zur Genüge aus den jüngsten Haushaltsberatungen (Neuverschuldung des Bundes anfänglich geplant 28 Mrd., Beschluß der neuen Bundesregierung über 40 Mrd.). Als ob diese Milliarden nunmehr sinnvolleren Zwecken zugeführt würden! Das Beispiel der Wende lehrt, was darunter verstanden wird.

Mit dem über die allgemeinen Produktionsbedingungen Angedeuteten haben wir versucht, die althergebrachte Trennungslinie zwischen konsumtiven und investiven Staatsausgaben zu problematisieren. Allein schon dies müßte genügen, Finanzmittel für die Einkommensgarantie lockermachen zu können. Gehörte man zu jenen, die eine antizyklische Fiskalpolitik des Staates fordern, dann wäre garantiertes Einkommen gerade für die Krise prädestiniert. Zum einen bleibt klar, daß der Staat sich im öffentlichen Interesse nicht aus der Verantwortung stehlen darf, wenn die Wirtschaft darniederliegt; andererseits hat das abgestufte Mindesteinkommen 'investiven' Charakter in die soziale Infrastruktur. Es geht vorrangig um Umschichtungen staatlicher Haushalte und in Etats der Bundesanstalt für Arbeit sowie in diversen Sozialbudgets. Tiefgreifende Einschnitte in das soziale Netz lehnen wir ab. Bei den Renten handelt es sich immerhin um erworbene Rechtsansprüche, die im Übrigen noch auf Jahrzehnte hin gelten. Auch kann es nicht Ziel des Sozialstaates sein, Senioren den wohlverdienten Ruhestand zu nehmen. Gleiches gilt für die Arbeitslosenversicherung. Vor allem ist es aber der Produktivitätszuwachs, den es zu stützen gilt, um die finanziellen Ansprüche abgelten zu können.

Also: Von den 62 Millionen Bundesbürgern sind 28-31 Mio. für den Arbeitsmarkt relevant, davon 25 Mio. erwerbstätig, 2,5 Mio. erwerbslos (offiziell), verbleiben noch einmal etwa 2 Mio. nicht arbeitslos gemeldete der Stillen Reserve (z. B. Frauen, Künstler, verschämte Arme, erwerbsfähige Sozialhilfebezieher, Schüler, Studenten,

Arbeitsverweigerer und Sonstige). Wenn nun 5 Mio. Bundesbürger — wovon bei einer zu erwartenden Arbeitslosenzahl gegen Ende des Jahrzehnts auszugehen ist —jährlich 10.000,- Mark erhielten, entstünde ein Finanzbedarf von jährlich 50 Mrd. DM.

Grosso modo wäre folgendes heranzuziehen:

1)	die Mittel des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), die nicht für Heim- und Pflegeeinrichtungen ausgegeben werden (50% von 1981 = 14,8 Mrd.)	7 Mrd.
2)	ein Drittel aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (1982: 33,4 Mrd.)	10 Mrd.
3)	die aus dem Bundeshaushalt bezahlten Gelder der Arbeitslosenhilfe (Alhi)	5 Mrd.
4)	der Haushaltstitel des Bundes "Sonst. Auftragsangelegenheiten"	14 Mrd.
5)	20 % des Rüstungsetats	10-15 Mrd.
		50 Mrd.

Dies ist kein Finanzierungsplan, dafür hat er auch noch zu große Lücken. Es müßte genauer diskutiert werden, was z.B. mit Mutterschaftsgeld, Kindergeld, Lastenausgleich, Arbeitsbeschaffungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen geschehen soll. Wir wären heute schon bei einem Finanzierungsbedarf um die 50 Mrd., wenn nur alle Anspruchsberechtigten öffentliche Hilfen nachfragen würden und diese in voller Höhe bekämen (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1983: 123 ff. und zur Sozialhilfe: Deutsche Bundesbank 1983: 36-44).

Für Subventionen verschiedenster Art werden in der BRD *nahezu 100 Mrd.* ausgegeben. Hier liegt ein großes Reservoir an Finanzmittel, die für ein garantiertes Einkommen einzusetzen wären. Diese Etats sind auch deshalb anzuzapfen, um mögliche Einnahmenausfälle in der Lohn- und Einkommensteuer auszugleichen. Wir gehen aber davon aus, daß ein garantiertes Mindesteinkommen die Kaufkraft stärkt, d. h. die Binnenkaufkraft stärkt. Eine weitergehende Reform des Einkommensteuergesetzes mag zusätzlich sinnvoll sein (vgl. Posser-Untersuchung).

Wir schlagen der Friedensbewegung vor, einen Bruchteil, ein Fünftel vom Rüstungsetat für das garantierte Einkommen einzuklagen. Dann ist die Haushaltsposition "abgestuftes Mindesteinkommen" konsolidiert. Da es nicht zu Steuererhöhungen kommen soll, ist dies der einfachste Weg, einer Steuerrevolte der Arbeitsplatzbesitzer zu entgegnen. Zudem sind Steuerreformen grundsätzlicher Art denkbar, etwa unter regionalpolitischen und ökologisch-strukturellen Gesichtspunkten. Die reichen Regionen mit höherer Siedlungsdichte und starken Umweltbelastungen alimentierten dann die armen Regionen. Finanzausgleichszahlungen und Subventionen halten den Prozeß der Verarmung nicht auf, sondern verlangsamen ihn allenfalls.

Das Vorurteil, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger mißbrauchten die Hilfeleistung, wäre gegenstandslos, weil jeder selbst das Maß an Erwerbsarbeit wie aus einer Menükarte wählen kann - sofern eine Arbeitsstelle aufzufinden ist. Entweder man kommt mit dem Minimum aus oder man verdient hinzu. (Es ist allerdings damit zu rechnen, daß Mißbrauchskampagnen nicht enden werden. Der Mythos des Sozialmissbrauchs übt eine nützliche Funktion zur Disziplinierung aus.)

Ein weiteres Problem ist das Wohngeld. Hier schlagen wir lieber keine Streichung vor, weil die Mieten in der BRD regional sehr unterschiedlich sind.

Fassen wir zusammen. Für die Finanzierbarkeit unseres Vorschlags sprechen mindestens fünf Gründe:

1) der politische Druck sozialer Bewegungen, der eine Veränderung der Sozialpolitik herbeiführt, auf deren Basis ein Konsens möglich wird;
2) die Kosten- und Nutzeneffizienz einer Einkommensgarantie, die den Vorschlag gerade in der Krise schmackhaft macht; die Steuern müssen nicht erhöht werden, es genügen budgetäre Umverteilungen;
3) die ökonomische und politische Zweckmäßigkeit der Einkommensgarantie im Hinblick auf Innovationspotentiale;

4) die Möglichkeit, ökonomisch und militärisch abzurüsten und die Krise lebbar zu gestalten;
5) die Finanzkrise des Staates ist nur ein Propagandaargument, in Wahrheit geht es erstens um Umverteilung von unten nach oben und zweitens um militärische Aufrüstung.

Bevor wir die Durchsetzbarkeit des abgestuften Mindesteinkommens generell betrachten, werfen wir einen Seitenblick auf den Agrarbereich, für den negative Steuern auch schon erwogen worden sind.

Einkommenssicherung in der Landwirtschaft — Direkte Einkommensübertragungen

Die negative Einkommensteuer ist Teil einiger Vorschläge zur Reform der EG-Agrarpolitik. Die Vertreter dieser Vorschläge gehören der Agrar-Industrie offenbar nicht allzu direkt an bzw. wollen der grandiosen Verschwendung von Ressourcen, die die EG betreibt, ein Ende machen. Man solle dazu die Interventionspreise, zu denen beispielsweise Milchpulver oder Butter aufgekauft wird, senken. Die Kosten dieser Interventionen machen den Löwenanteil im EG-Haushalt aus. Diese Gelder solle man für eine negative Einkommensteuer verwenden, die an die Bauern ausgezahlt wird. Absicht der Reformvorschläge ist zweifellos, vermehrtes "Bauernlegen" zu bewirken, was man daran sieht, daß die Laufzeit der Zahlungen auf eine gewisse Anzahl von Jahren begrenzt werden soll bzw. mit der Zahlung die Auflage verbunden werden soll, den Betrieb nach einer gewissen Zeit aufzugeben (sog. Strukturverbesserung). Die maximale Zahlungshöhe stellt man sich in der Dimension von 10.000 DM pro Betrieb und Jahr vor, was in die Nähe der zur Zeit pro Betrieb jährlich aufgewendeten Subventionen rückt (vgl. Wille 1974, Witzke 1980, G. Schmitt 1980). Man bedenke, daß die Subventionen etwa 2/3 der Höhe der Wertschöpfung ausmachen, die der Sektor überhaupt hervorbringt (ca. 16 zu 25 Mrd.)!

Kurzum, die wenigen Vorschläge, eine auf den Agrarbereich begrenzte negative Einkommensteuer einzuführen, zielten darauf ab, das Bauernsterben zu beschleunigen, und diese Zielsetzung wird die Bauern nicht gerade zu begeisterten Anhängern der negativen Einkommensteuer machen. Ihnen schwebt viel mehr eine leistungsgerechte Entlohnung vor, was immer das sei.

Seit längerem gibt es auch einen anderen Vorschlag direkter Einkommensübertragungen an die Bauern, nämlich einen Betrag pro Flächeneinheit zu bezahlen, z. B. 200 DM pro Hektar (Priebe 1979). Durch das EG-Bergbauernprogramm gibt es solche Zahlungen bereits ansatzweise, und es wäre denkbar, Gelder aus anderen EG-Töpfen für eine Ausweitung dieser Zahlungen zu verwenden. Einige Vertreter der SPD, so etwa der hessische Landwirtschaftsminister Schneider, treten für diesen Vorschlag ein, ernten aber wenig Begeisterung, weil sie ihn mit der Forderung einer Senkung der Interventionspreise verknüpfen, so daß sich der Bauer ausrechnen muß, daß die Flächenbeihilfe vielleicht 2.000 DM pro Jahr bringt, der Einkommensverlust durch den gefallenen Milchpreis aber 4.000 DM pro Jahr betragen könnte.

Nun könnte man ja den Vorteil eventuell fallender Lebensmittelpreise nutzen, indem man die Mehrwertsteuer für Lebensmittel allmählich erhöht und die abgeschöpften Gelder an die Bauern verteilt. Das schlugen nun ausgerechnet wieder diejenigen vor, die das Bauernsterben fördern wollen und die entsprechenden Zahlungen nur befristet gewähren wollten (vgl. Koester, Tangermann 1976).

Nichtsdestotrotz könnte man die Vorstellung entwickeln, ein abgestuftes Mindesteinkommen einzuführen, die Bauern zu den Bezugsberechtigten zu zählen (ohne "strukturverbessernde" Auflagen), die Interventionspreise abzubauen und bei fallenden Preisen das Mehrwertsteueraufkommen zu erhöhen. Man wird bei den Bauern auf wenig Gegenliebe stoßen, da auch die Linken unter ihnen lieber für qualitativ gute Produkte bezahlt werden wollen (vgl. Bauernblatt).

Ein allgemein eingeführtes abgestuftes Mindesteinkommen würde trotzdem auch von Bauern in Anspruch genommen werden (im Gegensatz zur bisherigen Sozialhilfe, vgl. Knerr 1981). Die Anzahl der in Frage kommenden Bauern dürfte jedoch im Vergleich zur Zahl potentieller Bezieher aus anderen Bereichen verschwindend gering sein, weil von

denjenigen niedrige Agrareinkommen meistens mit außerlandwirtschaftlichen Einkünften aufgestockt werden. Somit dürften sie aus dem Bezieherkreis herausfallen.

Bündnispartner
und politische Durchsetzbarkeit

Der Nachricht vom Ende der Vollbeschäftigung begegnen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge; dazwischen liegt die Nase, die des Gestanks der Wirtschaftsgesellschaft überdrüssig ist. Vor dem weinenden Auge mögen den Kindern der Tertiarisierung (vgl. Rohner 1976) Erinnerungen an den plötzlichen Reichtum ihrer Eltern Revue passieren. Das Lachende blickt zuversichtlich in eine grüne Zukunft, genährt vom Traum neuer kultureller Zusammenhänge, basierend auf der gegenseitigen Hilfe.

Zunächst ist der perspektivische Blick getrübt durch Machtstreben, ein Übermaß an Kontrolle und Beton, diesen architektonischen Bauelementen des linken wie rechten Reformismus, durch die harten Märchen der Ökonomen samt ihrer Technikversessenheit und Atomträume; der Preis der Konsumgesellschaft (vgl. Kahn 1982) und Ausdruck der Inhaltsleere der Beschäftigung, Ausdruck der zweiten Krise ökonomischer Theorie (vgl. Robinson 1972): Die Kritik am Sinn der Erwerbsarbeit setzt nicht erst dort ein, wo es um Rüstungsproduktion oder Atomstrom geht; Reagan und Mitterand sind — trotz unterschiedlicher politischer Couleur — von diesen Träumen tief beseelt. Schaffen wir es, sie wachrütteln?

Die Fragen der Distribution — die Auseinandersetzungen um eine andere Verwendung der Staatsgelder — interessieren uns darum in einer Situation drohender Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit mindestens gleichermaßen, wie die Verteilungskämpfe um höhere Lohnanteile. Die Gründe unseres Interesses und die Aussagen um die Stichhaltigkeit können wir nunmehr zusammenfassen:

Zunächst vertraten wir eine sozialarbeiterische Position: Die neuen Technologien werden eine Neustrukturierung und zahlenmäßige Verringerung der Beschäftigten zur Folge haben. Sobald die Produktivitätssteigerung der Arbeit von den Freigesetzten begriffen wird, wird neues Selbstbewußtsein zu einem garantierten Einkommen führen.

Dann betonten wir die Stärkung oder zumindest Stabilisierung gewerkschaftlicher Positionen durch die Einkommensgarantie, ferner sprachen wir von der Möglichkeit, Leute in ihrem Drang zu unterstützen, Formen kollektiver Selbstversorgung aufzubauen. Das leiteten wir ab aus dem Umweltgedanken ab und unserer ablehnenden Haltung gegenüber einer vermeintlichen Trennung von produktiven und unproduktiven Arbeit. Zudem: Das ökonomische System ist auf immaterielle Arbeit angewiesen, wie die Empfänger garantierten Einkommens auf eine halbwegs florierende Wirtschaft (solange die nämlichen Selbstversorgungsstrukturen noch nicht tragfähig sind).

Andererseits ist garantiertes Mindesteinkommen keine Ökostrategie mit Alleinstellungscharakter. Vielmehr machen wir „befreite Arbeit“ von Bedingungen abhängig: Die in einer negativen Einkommensteuer eingebauten Rationalisierungseffekte und Produktivitätsimpulse dürfen nicht zu stark werden. Doch diese Befürchtung läßt sich ausschließen, wenn die Beschäftigten weiterhin für die Stabilisierung ihrer Löhne eintreten, die neuen sozialen Bewegungen gedeihen, der Werte- und Normenwandel - die Sinnkrise - fortschreiten, die politischen Institutionen kriseln, die Kreativität und Phantasie der Massen wach gehalten bleiben und das Arbeitsleid fortbesteht.

Wir wissen außerdem sehr wohl, daß mit einer Negativsteuer ein Kräftefeld zwischen Barbarei und Paradies beschrieben wird. Nichtsdestotrotz stellen wir uns die Barbarei nicht als Arbeitshaus vor, weil die Aufrechterhaltung des Arbeitszwangs und Installierung von Arbeitshäusern vorsintflutlich ist und jüngste Maßnahmen in dieser Richtung einen gewissen Humor auslösen (Der Spiegel, Nr. 16/1983: 105). Das scheinbare Paradies als mittelalterliche Dorfökonomie zu denken, entspricht allenthalben einem naiven Kindheitstraum. Zurecht hat die Arbeiterbewegung immer wieder auf diese verklärte Kirchturmpolitik hingewiesen.

Wir halten das abgestufte Mindesteinkommen deshalb von der Sache her für eindeutig konsensfähig; gleichwohl wird man mit dem Argument der "guten" Deutschen konfrontiert werden, Erwerbslose sollen gefälligst jede zumutbare Arbeit annehmen. Subsistenz als Gegenleistung ist fest verwuzelt und der Nährboden für Vorurteile.

Die Bündnispartner

Der Staat: Auf drohende Massenarmut und *welfare* Protest kann der Staat sowohl mit Repressionen oder mit Konzessionen reagieren. Repressive Maßnahmen gegen die Ausdehnung der Sozialbudgets sind dann fragwürdig, wenn mit der Ausweitung des Protests zu rechnen ist oder die staatliche Legitimität zu leiden droht. Realistisch ist die Salamitaktik, Sozialleistungen dosiert zu schleifen. Andererseits kann der Staat auf politischen Druck Wohlfahrt verteilen, sofern dies wohlfeil scheint. Diese Varianten konnten in den USA beobachtet werden als es gegen die Studentenproteste ging. Extreme Repressionen sind bislang in Demokratien eher unwahrscheinlich (vgl. Piven/Cloward 1979).

Nutzenvorteile, Kosten- und Verwaltungsersparnisse usw. mögen den Staat zu einer Reform veranlassen; jedenfalls ist dies wahrscheinlicher als ein Krieg gegen die Armen oder wegen der Armen.

Die sozialen Experimente mit der negativen Einkommensteuer ergaben für die USA, daß eine partielle Trennung von Lohn und Leistung möglich, ein Beschäftigungseinbruch unwahrscheinlich und sogar eine bessere Arbeitsangebotssteuerung denkbar ist als mit den bestehenden Programmen. Wenn eine negative Einkommensteuer-Reform ohne Steuererhöhungen auskommt, also nur mit Umverteilungen der bestehenden Haushalte, verringert dies die Gefahr drohender Steuerrevolten.

Das Einkommen als einziges Kriterium der Empfangsberechtigung würde das Sozialsystem gerechter, transparenter oder operationalisierbarer machen. Das abgestufte Mindesteinkommen ist zudem finanzierbar, was man von Jobgarantien aus sozialpolitischen »Gründen nicht sagen kann. Problematisch hingegen bleibt, daß die Steuerrate und das Garantieniveau genausowenig wertfrei bestimmt werden können, wie der Spitzensteuersatz des positiven Einkommensteuertarifs. Beide müssen gleichermaßen ernsthaft diskutiert werden, wie auch die Frage, welche Programme und Maßnahmen substituiert werden sollen.

Die Unternehmer: Für sie ist es billiger, Leute entlassen zu können und dafür eine allgemeine steuerliche Umlage für die Reproduktionskosten der Nicht-Arbeiter zu leisten. Weniger soziale und betriebliche Konflikte, bessere Arbeitsplatzzufriedenheit, größere Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit müßten sie zu schätzen wissen, weil es sich günstiger auf das Investitionsklima auswirkt.

Die Gewerkschaften: Sie müßten nicht nur für ein Garantieeinkommen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eintreten, sondern aus Überlebensinteresse für ein recht hohes leistungsabhängiges Einkommen kämpfen, ein Einkommen, das das soziokulturelle Minimum mehr als absichert. Das ist kein moralischer Appell, weil eine zahlenmäßig starke, aber politisch schwache Reservearmee geringere Lohnabschlüsse zulassen und mangelndes Vertrauen in die Gewerkschaftsspitze einbringen werden. Das abgestufte Mindesteinkommen wird mit seiner 'Treppenstruktur' gleichzeitig ein Mittel zur Stablisierung der Wirtschaft und der Löhne — beides liegt bekanntlich in gewerkschaftlichem Interesse. Da das Garantieeinkommen die Lohnkonkurrenz für unsicher Beschäftigte (Teilzeit, befristete Arbeitsverträge usw.) verringern hilft, könnte es diese für ihre Organisation gewinnen. Außerdem nähme das garantierte Einkommen etwas vom Druck, Stigma und der Existenzangst der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Der DGB gewänne unter diesen an Prestige zurück.

Weil die Arbeit noch stärker eine Mangelware sein wird, könnten die Gewerkschaften mithelfen bei der Entwöhnung von der Arbeit, z. B. über die Förderung von Selbsthilfegruppen, und so ihrer schwindenden Attraktivität gerade unter der Jugend entgegenwirken.

Die Parteien: Die SPD könnte sich mit dem garantierten Einkommen wieder auf die Regierungsbank hangeln. Aus den 50er Jahren

gibt es den Vorschlag der Einheitsversicherung für alle Notfall-Arten (Wagner 1982: 146), der sozialdemokratischem Gedankengut verwandt ist. Daraus ergeben sich für die Grünen gewisse Verhandlungsansätze. Vielleicht gibt es in dieser Frage sogar eine Koalition mit der CDU, denn ihr Parteifreund Prof. Engels tritt für das erwähnte Staatsbürgergeld ein: wenn der Wohlfahrtsstaat schon so viel koste, dann solle man das Geld den Leuten lieber direkt geben, das sei gerechter, die Empfänger hätten mehr davon und es sei billiger. Heiner Geißler hat die Neue Soziale Frage zudem schon 1976 erkannt, könnte nicht auch er die Einkommensgarantie vorantreiben?

Die Friedens- und Ökologiebewegung könnte erreichen, daß eine abgestufte Einkommensgarantie mit Hilfe einer Kürzung des Rüstungsetats finanzierbar wird, und sie könnte -den Parlamentariern Dampf machen. Jugendorganisationen und Sozialverbände hätten Vorteile, denn eine Einkommensgarantie erleichterte die Umsetzung der Förderrichtlinien und Bildungsprogramme. Sozialarbeiter könnten sich um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern. Die Alternativen bekämen endlich Staatsknete ohne bürokratische Bewilligungsverfahren und Selbsthilfegruppen könnten sich finanzieren. Die Alternativbetriebe könnten den einen oder anderen 'non-profit'-Auftrag annehmen.

Ohne Erwerbszwang wäre das Leben für viele Menschen lebenswerter und erfüllter als heute.

Die Arbeitslosen: Der Sinnkrise und Armut setzen wir unseren Vorschlag der ökologischen Berufspraxis entgegen. Mit der abgestuften Einkommensgarantie wird ein Pfad zu Formen kollektiver Selbstversorgung gangbar, weil er die Handlungsfähigkeit der Massen vergrößert. Wir arbeitslosen Ökonomen können selbstredend die besten Theorien zimmern; weil es aber ohne den politischen Druck sozialer Bewegungen in der Entwicklung der Transferzahlungen keine Fortschritte gibt, liegt bei ihnen die Initiative, die Regierenden zu disziplinieren. Die Solidarität der Arbeitslosen ist nicht kostenlos zu haben.

Anhang

Resultate aus den US-Experimenten mit der negativen Einkommensteuer (NES) *1. Fragestellung*

Die mit der negativen Einkommensteuer und ihren Wirkungen befaßten Sozialwissenschaftler und Mathematiker interessierte in erster Linie, wie bereits aus der Zusammenfassung der Versuchsergebnisse im 4. Kapitel ersichtlich, die Arbeitsangebotsreaktionen der potentiellen Empfänger, die Wirkungen eines NES auf die Familienstrukturen und die Nettokosten für die USA. In der Öffentlichkeitsarbeit wurde die negative Einkommensteuer als das geeignetes Mittel gegen die materielle Armut apostrophiert, und zwar mit den großen Worten, den Krieg gegen die Armut führen zu wollen. Das könnte vom Prinzip her für eine negative Einkommensteuer sprechen, weswegen wir uns dafür interessieren. Dies, wenngleich es bei staatlicher Sozialpolitik immer ratsam ist, eine gewisse Skepsis hinsichtlich der politischen Intentionen der Planer walten zu lassen. Die Winkelzüge ihrer Argumentation zwischen Kosten- und Zieleffizienz zu verfolgen, dürfte für den Leser spannend und hilfreich sein.

Im folgenden handelt es sich weniger um eine vollständige Wirkungsanalyse als darum, sowohl Problematik als auch Realisierungschancen einer negativen Einkommensteuer zu beleuchten. Unter Ökonomen stritt man sich, wie hoch die Arbeitsangebotsminderung, ausgelöst durch NES, denn ausfallen würde. Meinten die einen aufgrund von empirischen Untersuchungen, es käme zu einer negativen Reaktion in Höhe von nur 3 %, so setzten die anderen unterschiedliche Gewichtungsfaktoren (Proxyvariablen) ein, woraufhin ihr Ergebnis schon eine Minderung von 50 % zeigte (vgl. Otten 1977: 75 ff.). Der Wunsch, genaue, experimentell gewonnene Ergebnisse zu bekommen, rechtfertigt jedenfalls für sich genommen noch nicht die Durchführung folgender sozialer Experimente zwischen 1968 und 1976 (wie wir an anderer Stelle zeigten):

— Das "New Jersey Graduated Work Incentive Experiment" (1968-1972), an dem 1.350, vorwiegend vollständige Familien in mehreren Städten New Jerseys und Pennsylvanias teilnahmen. Die Kontroll- und die Experimentiergruppe waren ungefähr gleich stark (Programmkosten 25 Mio. $).

— Das "Rural Income-Maintenance Experiment" in Iowa und North Carolina für vollständige Familien und Wohlfahrtsmuttern in der Zeit von 1969 bis 1973, 830 Familien incl. Kontrollfamilien nahmen teil.

— Das "Gary Income-Maintenance Experiment", gemünzt auf 1.800 farbige Familien und Wohlfahrtsmütter zwischen 1970 und 1974.

— Die "Seattle and Denver Income-Maintenance Experiments" (SIME/DIME) (1970-1976), deren Kosten sich auf 70 Mio. Dollar bezifferten, an denen 4.800 Familien teilnahmen und bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse 1980 200 Wissenschaftler, Interviewer und Verwaltungsbeamte erforderlich waren. Diese Untersuchung war die aufwendigste und hatte keine sozialarbeiterischen bzw. arbeitsberatenden Begleitprogramme (Otten 1977: 82).

Unsere Aussagen werden sich auf das letzte Experiment der Untersuchungsreihe beziehen. Dort, wo andere Fragestellungen oder Ergebnisse relevant sind für unsere Zwecke, werden wir auf die übrigen Tests Bezug nehmen. Warum es zu den weiteren Studien nach New Jersey kam, wird mit der größeren Datengenauigkeit, der größeren Teilnehmerzahl sowie damit beantwortet, daß man anfangs den Eindruck hatte, die Experimentiergruppen verhielten sich langfristig anders. Die sog. 'Hawthorne Effekte' können immer dann auftreten, wenn der Untersuchungszeitraum zu kurz oder die Grundgesamtheit der Teilnehmer zu gering ist und wenn sich die Teilnehmer durch die Testsituation bedingt anders verhalten als es ihnen entsprechen würde.

Diese Befürchtungen sind z.T. ausgeräumt worden. Beispielsweise legte man für die bundesstaatliche Simulation nur solche Daten zugrunde, die aus den Quartalsergebnissen des mittleren Bereichs des Untersuchungszeitraums stammen, um Fehler durch mangelhafte Gewöhnung, oder durch Mitnahmeeffekte gegen Ende des Tests auszuschalten. Man rühmt sich außerdem methodischer Fortschritte, die infolge der Größenordnung gerade der letzten Untersuchung gemacht werden konnten (Danziger et al. 1981: 1019).

Es bleibt unklar, wie das wissenschaftliche Personal selbst zum garantierten Einkommen gestanden hat; ohne Befangenheit zu unterstellen, ist die subjektive Haltung meist nicht ohne Einfluss.

Hat man erst einmal — wenn auch ungenaue — Daten zur Verfügung, dann stellt sich die Frage nach dem Referenzmaßstab, welcher zum Vergleich heranziehen lässt. Ein "Null-Zustand" muß immer hypothetisch bleiben. Also vergleicht man sie mit dem Ist-Zustand bestehender, an denen kritisiert wird, daß ihre eine Steuerrate von 100 Prozent (verbunden mit der Bedarfsprüfung und der Arbeitsbereitschaft), keine ökonomische Anreizwirkung habe.

2. Arbeitsangebotsreaktion

Von außen betrachtet sind zumindest die den Simulationen zugrunde liegenden Annahmen, abgeleitet aus der neoklassischen Mikroökonomie, problematisch. Das zielt auf den Kernpunkt der Fragestellung, nämlich, inwieweit sich das individuelle Arbeitsangebot, definiert als die Bereitschaft von Menschen, ihre Arbeitskraft auf dem Markt feilzubieten, reduziert.

Ohne auf die Problematik der mikroökonomischen Haushaltstheorie dezidierter eingehen zu wollen, sei an dieser Stelle an die Kritik der allgemeinen Prämissen der statischen Einkommen-Freizeit-Wahlhandlungsmodelle erinnert (eindeutige Präferenz Ordnung, Kurzfristigkeit, ordinale Nutzenindizes, unendliche Teilbarkeit etc.) und daran, daß die wirtschaftspolitische Relevanz dieser Modelle in dem Maß abnehmen muß, in dem Maß, wie unfreiwillige Arbeitslosigkeit zunimmt (vgl. Almsick 1981: 159ff.).

Dessen ungeachtet folgt die Lehrmeinung immer noch dem Irrglauben, ökonomisches Verhalten stehe im ausschließlichen Zusammenhang von Einkommen (Arbeitszeit) und Freizeit.

Damit die ökonomische Funktion der Reservearmee erfüllt bleibt, müssen die Leute bereit sein, Arbeit zu suchen und fähig zum Arbeiten sein. Dieses erhofft man sich von der Kombination der Steuerrate und des Basiseinkommens, von deren Variation unterschiedlich starke Anreize ausgehen. Es wird behauptet, staatliche Maßnahmen zur sozialen Sicherung hätten eine negative Wirkung auf diesen Anreiz und damit auf das Arbeitsangebot. Weil dieses zurückgehe, müßten die Unternehmer höhere Löhne bezahlen. Wenn diese eine Senkung der Profite nicht hinnehmen, wird sich die Inflationsspirale drehen.

Wir beschrieben zu Anfang des Aufsatzes genauer, wie eine solche Entwicklung aussehen kann und fügen hier nur hinzu, daß die Wirtschaft nicht zusammenbrechen wird, falls ein garantiertes Einkommen eingeführt werden sollte. Die negative Einkommensteuer hat aber auch eine soziale Funktion. Die Versuche in den USA bezogen sich vorrangig auf eine städtische Bevölkerung. Das war in den ausgehenden 1960er Jahren auch sehr naheliegend, weil es zu politisch motivierten Unruhen auch und gerade unter der Ghettopopulation kam.

Zu unterscheiden sind zwei mögliche Zielgruppen der Maßnahme. Zum einen die "ganz" Armen, die man mit der Zahlung eines garantierten Mindesteinkommens befrieden will. Die Kriminalitätsrate ist im Steigen begriffen. Zudem herrscht ein Bedarf an wenig qualifizierten Arbeitskräften, für den ein Reservoir an arbeitsfähigen, d.h. nicht resignierten Kräften bereitgestellt werden muß. Dann gibt es ein zunehmendes Problem der ansteigenden Gruppe der Wohlfahrtsmütter, deren Problemverwaltung einiges kostet: 1965 1,7 Mrd. Dollar und 1981 bereits 12,8 Mrd. Dollar (vgl. Danziger et al. 1981: 977). Die Praxis, solche Zahlungen nur an alleinerziehende Mütter ohne festen, unterstützenden Freund zu leisten, treibt obendrein die Familien auseinander.

In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit aufgrund der Einführung neuer Technologien sind auch Angehörige der (weißen) Mittelschicht betroffen. Größere Bedeutung für den Reformeifer des Staates dürfte die Betroffenheit dieser Gruppe auslösen, weil bei ihr die Bindung an kleinbürgerliche und staatstragende Ideologien ausgeprägter ist. Dadurch sind die Erfolgschancen einer Forderung nach garantiertem Einkommen

aussichtsreich, weil die 'ganz' Armen als soziale Randgruppe gelten, mit solchen kann man anders umspringen, die Mittelschicht ist aber der Nährboden des Staates.

Das Arbeitsangebotsverhalten kommt in vier Größen zum Ausdruck: an der Teilnahme am Arbeitsmarkt, der Beschäftigungsrate, der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden und dem Verdienst. Am sinnvollsten und für das Verständnis der Versuchsergebnisse erforderlich wären exakte Angaben über das Verhältnis der Arbeitslöhne bzw. der Familieneinkommen zu den gewährten Garantiebeträgen. Obwohl untersucht, und weil sich alle vier Größen im Verdienst widerspiegeln, fehlen hierzu genauere Angaben. Unter den Niedrigverdienern (working poor) gibt es viele, die das ganze Jahr hindurch arbeiten — bis zu 2.000 Stunden — und trotzdem nur ein Arbeitseinkommen in Höhe der Armutsgrenze (pokert line) haben. Nach unseren Erkenntnissen wird diese Armutsgrenze jährlich neu festgelegt und betrug bei den Seattle- und Denver-Experimenten 5.000 Dollar für eine vierköpfige Familie im Jahr (siehe dazu 3. Kapitel). Weil sie so niedrig liegt, *müssen* bei schwarzen wie bei weißen Armen die Ehefrauen mitverdienen.

In die Experimentiergruppen nahm man deshalb Familien mit einem Einkommen bis 150% der Armutsgrenze auf. Von Zahlungen unterhalb dieser Grenze läßt sich also schwerlich leben und von einem Einkommen in Höhe dieser Grenze offenbar nur, wenn andere Familienmitglieder zuverdienen. Auf dieser Folie sind die dargestellten Zahlen zu verstehen. Sie beziehen sich auf 'die Arbeitsangebotsreaktionen in den Experimentiergruppen, sind also nicht aus einer bundesweiten Simulation, in der *alle* Einkommensgruppen einbezogen wären.

2.1 Wie reagierten die Familienväter?

Obgleich die relative Bedeutung der Frauenarbeit weiterhin zunehmen wird, fällt den Ehemännern immer noch die Rolle des Ernährers der Familie zu. ökonomische Überlegungen kreisen um das Arbeitsverhalten der Männer im arbeitsfähigen Alter zwischen 18 und 58 Jahren. Auch bei langandauernder Arbeitslosigkeit gilt es, die Bereitschaft, Motivation *und* Fähigkeit zur Lohnarbeit zu erhalten. Dem entspricht sowohl ein struktureller Wandel auf dem Arbeitsmarkt als auch eine gewandelte Funktion der Sozialpolitik und den Einstellungen zu ihr.

Das hervorstechendste Ergebnis des Seattle- und Denver-Experiments lautet: Männliche Haushaltsvorstände arbeiten jährlich 5 Prozent weniger, das sind 103 von durchschnittlich 2.060 Arbeitsstunden (Robins et al. 1980: 62). Eine derartige Verringerung würde der Einführung der 40-Stundenwoche in den USA gleichkommen (Rossi, Lall 1976: 126).

Dennoch ist interessant, inwieweit das Ergebnis absolut und im Vergleich der ethnischen Gruppen der USA schwankt. Hier hilft uns die Studie zum New Jersey- und Pennsylvania-Experiment weiter, bei dem die weißen Ehemänner 7% (2,38 Arbeitsstunden), die schwarzen 4% (1,12 Stunden) und die spanisch Sprechenden 11% (3,05 Stunden) pro Woche weniger arbeiteten als die Kontrollgruppe (Kerachsky, Mallar 1976).

Neben der Differenzierung nach ethnischen Gruppen läßt sich auch eine nach Alter und Qualifikationsniveau und Arbeitsverdiensten vornehmen: Die meisten Männer reagieren kaum oder gar nicht auf das garantierte Einkommen. Sie haben feste Arbeitsverträge mit fixierter Arbeitszeitregelung, es werden höchstens ein paar Überstunden weniger gearbeitet. Die größte Verminderung des Arbeitsangebots liegt vor, wo sich die Sucharbeitslosigkeit verlängert.

Auch in den Gruppen der Niedrigverdiener gibt es feste Arbeitsverträge. Eine Reduktion der Beschäftigungsrate in dieser Gruppe kann nach drei Gesichtspunkten hin differenziert werden:

— Verlängerung der Sucharbeitslosigkeit.
— Verlängerung des unbezahlten Urlaubs.
— Permanenter Rückzug aus dem Arbeitsleben.

Der erste Grund ist der häufigste und somit für die Reduktion des Arbeitsangebots der 'low-income workers' verantwortlich. Die Kontrollgruppe bemühte sich (nach einer lokalen Beschäftigungskrise) eher um Arbeitsstellen, während die NES-Leute die Transfers im Sinne einer Arbeitslosenversicherung nutzten (Moffit 1981: 133).

Die relativ starke Bindung der Familienväter an den Arbeitsmarkt wurde durch die Untersuchung bestätigt.

2.2 Wie reagierten die Frauen?

Die Erwerbsquote der verheirateten und der alleinerziehenden Frauen ist, obzwar historisch im Steigen begriffen, erheblich geringer als die der Männer. Sie ist in solchen Familien besonders niedrig, die am meisten auf das Geld angewiesen wären. Das kann nur mit niedriger Qualifikation und geringen Arbeitsmarktchancen erklärt werden. Den Frauen fällt traditionellerweise die Rolle der Hausfrau und Mutter zu. Das macht sich in den Untersuchungsergebnissen auf zweierlei Weise bemerkbar:

Zum einen arbeiten verheiratete Frauen in den Familien, in denen der Mann sich ums Geld kümmert, bei Erhalt von NES absolut gesehen weniger. Die hohe prozentmäßige Reduzierung von jährlich 22% entspricht einer absoluten Zahl von 263 Arbeitsstunden auf dem Arbeitsmarkt (ausgehend von 1.195 Arbeitsstunden, die von der Kontrollgruppe absolviert wurden). Je mehr der Mann verdient, desto seltener wird die Frau aus *ökonomischer Notwendigkeit heraus* einer Lohnarbeit nachgehen. Sie wird entweder dann arbeiten, wenn es sich finanziell oder dann lohnt, wenn sie angenehme Arbeitsbedingungen vorfindet. Für die ökonomische Analyse ist es vorrangig, das Arbeitsangebot der ganzen Familie zu begutachten, weil man davon ausgeht, daß die einzelnen Familienangehörigen gerade so viel arbeiten, wie die Familie zum Lebensunterhalt braucht.

Anders gelagert ist das Problem bei den sogenannten Wohlfahrtsmüttern, die naturgemäß wegen der Verantwortung für die Kinder eine höhere finanzielle Belastung tragen (von anderen Belastungen erstmal abge-

sehen). Folglich liegt die Verminderung um 11 % zwischen der von Ehefrauen und der von Ehemännern. Arbeiteten sie vorher 1.600 Arbeitsstunden im Betrieb, so nunmehr durchschnittlich 1.424.

Den Alleinerziehenden gilt auch hierzulande ein vermehrtes Interesse, weil die amtliche Bedürftigkeitsprüfung sehr teuer ist und somit der Wille der öffentlichen Hand, diese Programme zu reformieren, sehr groß sein muß. Im übrigen haben wir keine Stimme in der Literatur gefunden, die für eine höhere Erwerbsquote der Mütter argumentiert. Im Gegenteil plädieren die Autoren für die Unterstützung der Wohlfahrtsmütter unter Berufung auf ihre für die Gesellschaft wichtige Aufgabe als Erzieherinnen. Alleinstehende Mütter mit Kindern im Vorschulalter leisten weniger Lohnarbeit, weil sie Kinder großziehen. Mit zunehmendem Alter der Kinder kehren viele Frauen wieder ins Erwerbsleben zurück (Robins et al. 1980: 154). Die Wirtschaft hat ein großes Interesse an Hausfrauen sie leiten oft das „häusliche Kleinunternehmen". Gleichzeitig verdienen sie immer noch weniger als Männer in vergleichbaren Positionen

2.3 Die Arbeitsangebotsreaktion der Jugendlichen

Zumindest über die männliche Jugend liegt hier eine andere Meinung vor, die auch im deutschen Sprachraum geteilt wird: sie soll sich zumindest zeitweilig der Arbeitswelt "aussetzen" (Schefold 1981: 155).

Im New Jersey-Experiment wurde festgestellt, daß einige Teilnehmer, vorwiegend Jugendliche, sehr stark auf das garantierte Einkommen reagierten. Man untersuchte deshalb in Gary und dann in Seattle und Denver, woran das liegt. Eine Altersgruppe zwischen 16 und 21 Jahren wurde in die Feldstudie aufgenommen und auf ihre Arbeitsangebotsentscheidungen hin überprüft. (Warum die Beschränkung auf 21 Jahre vorgenommen wurde, ist schleierhaft, bedenkt man die Schwierigkeiten, das "Jugendalter" zu definieren. Es ist eine ständige Ausweitung des Jugendalters nach oben hin zu beobachten.)

Es wurde in der Mitte des Untersuchungszeitraums (7. bis 11. Quartal) das Verhalten von drei Untergruppen analysiert: einmal von Jugendlichen, die am heimischen Herd blieben, von denen, die eine eigene Familie gründeten, und denen, die von Zuhause wegzogen (unrelated persons).

Der Arbeitsverdienst der Daheimbleiber erhöhte das Familieneinkommen, woraufhin NES-Familien anders veranschlagt wurden. Der Anteil staatlicher Zuwendungen am verfügbaren Einkommen verminderte sich. Für Jugendliche lohnte es sich deshalb kaum, Arbeitsverdienste anzugeben. Die Statistik weist aus, daß die Mädchen ein bißchen ehrlicher als die Jungen sind, sie arbeiteten offiziell nicht so viel weniger.

Die zweite Gruppe arbeitete amtlich gesehen auch weniger,

Die dritte Gruppe, die der Weggezogenen, arbeitete entweder geringfügig mehr oder ging einer Ausbildung nach, oder beides. Sie nutzten also den gewonnenen Freiraum der Unabhängigkeit zu gesellschaftlich durchaus wünschenswerten Zwecken aus. Ein Problem sind eher die "Nesthäkchen", die entweder "weniger arbeiteten", sich weniger um Fortbildungsmaßnahmen kümmerten oder in geringerem Maß um bessere Jobs bemühten.

Durch die erste Studie schockiert, versuchte man in Gary herauszufinden, warum so viele — vornehmlich Jugendliche — aus dem Test 'verschwanden', d.h. keine Fragebögen mehr ausfüllten oder weggezogen sind. Man befürchtete schon, der Unabhängigkeitseffekt (independence effect) der NES-Zahlungen sei für die unrelated persons zu groß, um dann beruhigt festzustellen, daß diese Ungereimtheiten der Statistik auf dem Ruf des Militärs ("Join(t) the Army!") beruhten. Ein erheblicher Teil vornehmlich unter den schwarzen Jugendlichen meldete sich freiwillig zum Militär, weil die Berufschancen im Zivilleben sehr düster aussehen. Daran änderten die zeitweilig an die Experimentiergruppe ausgezahlten Transfers nichts. Waren die Zahlungen zu gering, rechnete niemand wirklich mit einer Einführung der NES oder zählt eine Beschäftigung doch mehr als ein Garantieeinkommen, können die Menschen mit der arbeitsfreien Zeit (noch) nicht umgehen? Das muß fürs erste ungeklärt bleiben.

2.4 Merkwürdigkeiten bei der Untersuchung der länd lichen Bevölkerung

Der Test in North Carolina und Iowa wurde gemacht, um zu sehen, wie sich selbständige, aber arme Bauern verhalten. Die Versuche erbrachten, daß die Bauern weniger außerlandwirtschaftlich arbeiteten, aber mehr auf ihren Höfen. Dementsprechend nahmen die berichteten außerlandwirtschaftlichen Einkommen ab, ihre landwirtschaftlichen Einkommen jedoch eben falls, so daß die Experimentatoren den Bauern unterstellen, zu wenig anzugeben. Interviews bzw. Besuche bei den Bauern ergaben nämlich oft das Bild eines middle-class-Wohlstandes. Mithin könnten in den USA Selbständige relativ leicht Zahlungen erhalten, sofern sie unkontrolliert ihre Produkte verkaufen können (Schwarzarbeit/Direktvermarktung; Palmer, Pechman 1978).

2.5 Schlußfolgerungen

Danziger et al. (1981) vergleichen u.a. die Arbeitsangebotsreaktionen von bestehenden Programmen und von Reformkonzepten, letztere auf der Grundlage der Seattle-Denver-Experimente.

Verschiedene Autoren haben versucht, die gewonnen experimentellen Daten auf die US-bundesstaatliche Ebene zu übertragen. Gegenüber einem simulierten — also fiktiven —Zustand bar jeglicher Transferprogramme reduziert das herkömmliche Welfare-System das Arbeitsangebot demnach um jährlich 4,8 Prozent der sonst angeblich möglichen Arbeitsstunden. Eine NES-Reform würde ihrer Meinung nach diese fiktive Reduktion noch um ein Prozent maximal erweitern. So übel schneidet die NES also nicht ab.

Unsere Überlegungen zum Anreizmechanismus konzentrieren sich auf zwei Punkte:

— Wenn es stimmt, daß Ehemänner und alleinerziehende Frauen stärker auf den "Garantieeffekt" reagieren und Ehefrauen stärker auf den "Steuereffekt", dann läßt sich im ersten Fall das Ar-

beitsangebotsverhalten nach konjunkturellem Bedarf steuern, indem der Garantiebetrag variiert wird. Im anderen Fall läßt sich der Bedarf an "secondary workers" über eine Veränderung der Grenzsteuerrate regulieren (vgl. Moffitt 1981: 143).
Realistischerweise trifft diese Steuerbarkeit nur ein, wenn das Garantieniveau einer Existenzsicherung auf unterem Niveau der Arbeitseinkommen entspricht.

— Die Einkommenssicherung verbessert die Verdienstmöglichkeiten (earning capacity; vgl. Garfinkel/Haveman 1977). Sie schafft die Möglichlichkeit zur Teilnahme an Fortbildungskursen und zur Suche nach besseren Jobs, weil die Zeit der Arbeitslosigkeit leichter überbrückbar ist. So ein Verhalten geht durchaus mit dem 'ameri-can dream des individuellen Aufstiegs konform, das persönliche Wohlbefinden wird gestärkt und die Gesellschaft gestützt.

Uns interessiert der Garantiebetrag, die NES-Planer der Arbeitsanreiz. Beides ist nicht zu trennen. Wir werden jetzt sehen können, wie schwierig es deshalb ist, eine 'billige' Variante einzuführen, welche gleichzeitig einen großen Arbeitsanreiz schafft. Das beschreibt ein Dilemma: sollte man deshalb versucht sein, ganz auf ein garantiertes Einkommen zu verzichten, schaden die politischen Entscheidungsträger der Wirtschaft wirklich, weil zu erwarten steht, daß Arbeitsmotivation *und* Arbeitsfähigkeit noch stärker leiden, als Kritiker von einer NES annehmen würden.

3. *Die Kosten einer Negativen Einkommensteuer*

Aufgrund der in SIME/DIME erforschten Daten wurden die Kosten einer Negativsteuerreform bei US-bundesstaatlicher Einführung geschätzt, deren Höhe muß immer zuerst Gegenstand der Kritik sein.

In den USA wird — so wie hierzulande — unterschieden zwischen beitragspflichtiger Sozialversicherung (Social Insurance) und Transfermaßnahmen des Wohlfahrtssystems (Public Assistance). Nach Danziger et al. (1981: 977) stiegen beide Bereiche von 1965 (31,5 Mrd. Dollar) auf 300 Mrd. Dollar in 1981, also jeweils um den Faktor 9,2. Differenziert man aber, so läßt sich feststellen, daß die größte absolute Steigerung (von 24,1 Mrd. Dollar auf 222,1 Mrd. Dollar) im beitragspflichtigen Teil liegt. Eine NES siedelte sich aber im anderen Teil, also den 'reinen Transfers' an. Hierunter fällt heute die 'Hilfe für unvollständige Familien mit abhängigen Kindern' (AFDC), die 1972 verabschiedete abgestufte Einkommensgarantie für Alte, Behinderte und Blinde (SSI), die Veterans Pension, die (schmale) medizinische Versorgung für Sozialhilfeempfänger (Medicaid), das Food Stamp-Programm und die Mietbeihilfe (Housing Assistance).

Die Mittelsteigerung für diese Zwecke von 1965 (7,54 Mrd. Dollar) auf 1981 (70,8 Mrd. Dollar) ist imposant (920 Prozent). Wenn im "reichsten Land der Erde" (vgl.: Castel 1980, Holdt 1978) aber offiziell der Hungersnotstand ausgerufen werden muß, erscheint die verhältnismäßig geringe absolute Steigerung im rechten Licht. Zum Vergleich: im Haushaltsjahr 1983 beträgt das US-Rüstungsbudget 226 Mrd. Dollar. Interessant wäre der Vergleich der jeweiligen Anteile am Gesamthaushalt und der internationale Vergleich der Anteile des Sozialen an den Bruttosozialprodukten der Länder.

Nettokosten einer negativen Einkommensteuer für die USA

Über die Kosten einer Negativsteuerreform liegen die unterschiedlichsten Aussagen und Schätzungen vor, die nach der "microdata Simulation methodology" berechnet wurden.

In der Studie von Keeley et al. (1978: 22) werden die Nettokosten einer bundesweiten NES betrachtet, die das Programm für die Wohlfahrtsmütter und die Lebensmittelmarken ersetzen soll. Die teuerste Variante (Garantieeinkommen = 100% der Armutsgrenze, Steuerrate 50%): Kosten von 30,0 Mrd. Dollar bei 19,3 Mio. Empfänger"einheiten" 39 % aller vollständigen Familien und 73% aller alleinerziehenden Mütter würden partizipieren.

Die billigste Variante (Garantieeinkommen = 50% der Armutsgrenze, Steuerrate 70%): Ersparnis von 3,9 Mrd. Dollar bei 3,3 Mio. teilnehmenden Familien 3 % der vollständigen Familien und 41 % der alleinerziehenden Mütter würden partizipieren.

Im ersten Fall übersteigen die Programmkosten die Ausgaben für die wegfallenden Maßnahmen. Im zweiten Fall unterschreiten sie diese. (Das Poverty Level (P.L.) wurde 1974 festgelegt auf jährlich 5.000 Dollar für eine vierköpfige Familie und soll entsprechend der Inflationsrate angepaßt werden.) Eine von Betson, Greenberg und Kasten 1981 simulierte negative Einkommensteuer sollte die Programme 'Aid to Families with Dependant Children' (AFDC), die nicht bundesstaatlich verwaltete und finanzierte 'General Assistance' (GA), das 'Supplement Security Income' (SSI) und die 'Food Stamps' zum Einkauf von Nahrungsmitteln ersetzen. Sie nehmen an, daß ihr Programm um ca. 17,5 Mrd. Dollar teurer sein würde als die dadurch substituierten Maßnahmen.

Eine negative Einkommensteuer mit einem Garantieeinkommen in Höhe der Armutsgrenze ist also ohne Schwierigkeiten finanzierbar.

4. Entwicklung der Einkommensverhältnisse

Die Schätzungen, wieviele Familien unter die Armutsgrenze fallen, schwanken in einem Bereich von 10% bis 40%. Die Gesamtzahl der vollständigen Familien in den USA beträgt 39,8 Millionen, hinzuzurechnen sind 4,9 Millionen Familien, denen eine Frau vorsteht.

Je nachdem, wie hoch das Garantieeinkommen festgelegt wird, verschwindet die so definierte Armut mehr oder weniger vollständig. Ebenfalls mehr oder minder stark wird die Ungleichverteilung der Einkommen verändert (vgl. Danziger et al. 1981).

In den Experimenten (bei verschiedensten Garantieniveaus) erhielt jede Familie durchschnittlich 1.180 Dollar pro Jahr an Transfers, was einer mittleren Einkommenssteigerung gegenüber der Kontrollgruppe von 20 Prozent entspricht. "Thus, the change in the Standard of living may not have been large enough to

have had a perceptible effect upon distress." (Thoits/ Hannan in: Robins et al. 1980: 202)

Man beachte: Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum bis 1980. Danach kam Reagan — nicht mehr der Krieg gegen die Armut, sondern Krieg gegen die Armen wird propagiert.

5. *Andere Auswirkungen der Negativen Einkommensteuer*

Ein weiterer Hauptuntersuchungsgegenstand der sozialen Experimente war es, abzuschätzen, wie die Empfänger beschäftigungslosen Einkommens in sozialpsychologischer Hinsicht reagieren würden. In erster Linie interessierte es die Forscher, ob sich die Kleinfamilie in der Vaterlosen Gesellschaft (vgl.: Mitscherlich 1973) stabilisieren läßt, indem der finanzielle Druck auf die Haushalte ein wenig nachläßt. Weniger der Vollständigkeit halber, als vielmehr aus Gründen der Beurteilung davon, in welchem Ausmaß eine staatliche Maßnahme individuelles Verhalten beeinflussen kann, fassen wir die wichtigsten Resultate im folgenden kurz zusammen.

Vorangeschickt sei, daß die Ergebnisse hier selten signifikant sind, d.h. eine Verhaltensänderung ist nicht eindeutig auf die Gewährung von NES zurückzuführen. So beruhen sozialpsychologische Wirkungszusammenhänge auf langfristigen Gesetzmäßigkeiten, es ist unklar, ob die Befragten immer 'richtig' antworteten und welche Vorurteilsstrukturen und Klischees sich in den Fragen widerspiegeln.

Arbeitsplatzwechsel, Dauer der Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzzufriedenheit

Weiter oben wurde auf ein wichtiges Resultat der NES-Experimente hingewiesen. Ein Großteil der Arbeitsstundenverminderung bei den Ehemännern ist auf die Verlängerung der Sucharbeitslosigkeit zurückzuführen und weniger der Abnahme marginaler Beschäftigung geschuldet. Es ist anzunehmen, daß potentielle NES-Empfänger länger nach besseren Arbeitsstellen Ausschau halten, vermehrt an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und dergl. teilnehmen, ihre Einkommenssicherung somit als eine Art Arbeitslosenversicherung ansehen. Dieses Verhalten kann die Arbeitsplatzzufriedenheit erhöhen. Es kann aber auch dazu führen, daß Arbeitsstellen, die aufgrund von miserablen Arbeitsbedingungen unbeliebt sind, nunmehr verwaisen.

Dann müßte der Unternehmer die Löhne erhöhen, um eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zu finden, was nicht so gern gemacht wird — oder er rationalisiert und humanisiert. Wenn die Zufriedenheit am Arbeitsplatz größer wird, ist anzunehmen, daß die Fluktuation der Arbeitskräfte zurückgeht. Der Unternehmer hat dann eine Reihe von Vorteilen: verminderte betriebsinterne Ausbildungs- und Anlernzeiten, größere Zuverlässigkeit des Personals, höhere Qualität der Produkte, verminderten Verwaltungsaufwand etc. Er hat u.U. den zu erwartenden Nachteil, daß sich die Restarbeitnehmerschaft selbstbewußter verhält.

Die Arbeitsplatzzufriedenheit (Job satisfaction) „versuchte man in Geldeinheiten zu messen. So verfahren, ergibt sich eine geringe positive Veränderung bei den Männern und eine starke Reaktion bei den Frauen. Die Ehefrauen, welche ihren Arbeitsplatz wechseln, tun dies mit dem Erfolg besserer Bezahlung.

Eine ältere Studie untersuchte die Änderung der Arbeitsplatzzufriedenheit für Männer (Spilerman/Miller 1977) anhand der New Jersey-Unterlagen mit dem Ergebnis, daß jüngere Männer (mit besserer Qualifikation, ehedem besseren Arbeitsplätzen) mutiger und unternehmungslustiger sind als die Älteren, minder Ausgebildeten, für die auch ohne negative Einkommensteuer oft nur die schlecht bezahlten Jobs übrigbleiben.

Wenn also eine negative Einkommensteuer gewährt würde, blieben noch genügend Aspiranten für Jobs mit mieser Bezahlung und/oder schlechten Arbeitsbedingungen. Vielleicht ändert sich das, wenn die Jungen auch für die Alten bessere Arbeitsbedingungen ausfechten. Damit die Alten sich nicht mehr so plagen müssen, sind wir für garantiertes Einkommen.

Wanderbewegungen von Arbeitskräften

Die ökonomische Theorie unterstreicht die große Bedeutung der Migration zum Ausgleich der Differenzen der Lohnrate, der Arbeitslosenquote, der Steuersätze, oder eben von Wohlfahrtsleistungen, sofern sie lokal festgelegt werden (Tieboutscher Anpassungsmechanismus) .

Für den Zusammenhang unserer Fragestellung ist es wichtig zu wissen, daß man annimmt, eine Gemeinde, die relativ freizügig ist, werde bald von den Armen aus anderen Regionen übervölkert. Sie wird gezwungen sein, die Mittel wieder zu kürzen, um dieser Überbevölkerung und finanziellen Belastung Herr zu werden.

Piven/Cloward (1977) stellen demgegenüber auf andere Ursachen der Migration vom US-amerikanischen Süden in die Städte des Nord(ost)ens ab. Die Südstaaten entvölkern sich wegen der Mechanisierung der Landwirtschaft, des verringerten Arbeitskräftebedarfs, der miserablen Sozialhilfe, dem konservativ-feudalen Bewußtseins der Herrschenden etc.

Wenn es auch Anfang der 1970er Jahre gelang, das Anwachsen der Zahlungen an die Armen zu begrenzen — mit Hilfe der Propagandaargumentation "Finanzkrise der Städte" —, so verursacht die Armut in den Städten doch ganz erhebliche, soziale Kosten, weil sich der Druck der Armen, ihr Widerstand, auf andere Felder verlagert hat. Dies, obwohl es in den Medien tönt, es herrsche resignierte Ruhe im Land.

Aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Gründen heraus mögen neuerliche Wanderungsbewegungen nicht nur in den USA wünschenswert sein. Wenn diese auf Freiwilligkeit beruhen sollen, müssen finanzielle Anreize für Leute in armen Regionen geschaffen werden, dort zu bleiben oder dahin zu gehen. Dies spätestens seit kein Arbeitskräftemangel mehr in den industrialisierten Ballungsräumen herrscht.

In SIME/DIME war es möglich, diese Effekte zu überprüfen, weil die "reisenden" NES-Empfänger weiterhin Leistungen bezogen. So konnte die Befürchtung unzureichenden Arbeitskräftepotentials ausgeräumt werden. Eine Umsiedlungsbewegung vornehmlich von

weißen Ehepaaren in Gegenden mit besserem Klima und niedrigen Lohnraten ist wahrscheinlich, falls die NES bundesstaatlich eingeführt würde (vgl. Keeley).

Können durch negative Einkommensteuer ausgelöste Wanderungsbewegungen die Probleme der reichen Regionen mit den armen Regionen der Europäischen Gemeinschaft lösen?

Konsumverhalten

Das Konsumverhalten von NES-Beziehern ändert sich. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Hilfeempfänger dann bessere Wohnungen und Kleidung leisten können oder Bildungsausgaben tätigen und dauerhafte Konsumgüter zur häuslichen Selbstversorgung, wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Hobbygeräte etc. anschaffen (vgl. Rossi/Lyall 1976: 140).

Familienzusammensetzung

Es gibt keine normale Familie, aber dann sollen diese wenigstens zusammenbleiben. Hier war die Neugier der Forscher besonders groß, weil das bestehende AFDC-Programm sehr stark zur Instabilität der Familienverhältnisse beiträgt. Ehemänner armer Familien haben einen starken Anreiz, Frau und Kinder zu verlassen, damit wenigstens diese am Programm partizipieren können. Es ist ein Mißstand des jetzigen Welfare-Systems, nur unvollständige Familien mit Transfers zu versehen. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß das die Ehen auseinandertreiben. In den USA leben 53 Millionen Singles. Auch bei uns läßt sich der Trend zur Auflösung alter Familienbande vorerst nicht umkehren.

Ob eine Reform des Wohlfahrtswesens die Familienstrukturen, das Heirats- und Scheidungsverhalten tangiert, ruft bei der bürgerlichen Sozialwissenschaft starkes Interesse hervor, weil die Kleinfamilie als die Keimzelle der Gesellschaft angesehen wird. Die NES könnte als ein Anreiz betrachtet werden, die familiären Bande zu stärken, weil Geldzahlungen ausschließlich an vollständige Familien gehen — mit der Ausnahme der erwähnten Wohlfahrtsmütter. Nach heutiger Manier werden Transfers ungern an alleinstehende Männer im arbeitsfähigen Alter gewährt, daran wird nicht gerüttelt. Dies wegen dem gefürchteten Unabhängigkeitseffekt der Einkommensgarantie.

Tatsächlich ist die Scheidungsrate in den NES-Familien höher als in den Kontrollgruppenfamilien. Der Plan mit dem höchsten Garantielevel (140% der Armutslinie) aber zeigt für alle ethnischen Gruppen die geringste Scheidungsrate (vgl.: Groeneveld et al. in: Robins et al. 1980: 168 f.). Die Eheleute werden also liebevoller zueinander, sofern ein anständiges, wirklich existenzsicherndes Einkommen bezahlt wird. Wenn die Zahl der Singles weiter steigen wird, muß garantiertes Einkommen auch an diese gezahlt werden. Außerdem gibt es Gemeinschaften, die nicht durch Ehering legalisiert sind und legitimerweise Geld bekommen sollten.

Gesundheitszustand der Nation

Es ist gesund, weniger zu arbeiten. Je größer der Streß, desto häufiger treten Krankheiten auf. Für den Arbeitgeber zahlt sich ein gesundes Personal aus — auch wenn die Krankenhäuser und die Pharmaindustrie weniger verdienen.

In der New Jersey-Studie überprüfte man die Effekte der NES auf den Gesundheitszustand, ob dieser die Arbeitsmarktentscheidungen der Haushaltsmitglieder überhaupt beeinflußt und ob die negative Einkommensteuer die Leute dann gesünder macht. Daß sie die Leute gesünder macht, in welchem Ausmaß und von welcher Transferhöhe abhängig, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden (vgl. Rossi/Lyall 1976: 152). Kranke Menschen können nicht so viel arbeiten wie gesunde. Ein existenzsicherndes Garantieeinkommen ermöglicht Kranken ein Auskurieren ihrer Leiden.

Literaturverzeichnis

Almsick, Joseph van (1981), *Die negative Einkommensteuer. Finanztheoretische Struktur, Arbeitsangebotswirkungen und sozialpolitische Konzeption,* Berlin.

Altvater, Elmar (1982): *Umbau oder Abbau des Sozialstaates,* in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 49/1982, S. 121-145.

Amerongen, Otto Wolf von (1983): *Verstärkte Verteilungsaktivität des Staates hat die Marktsignale verstellt,* in: Handelsblatt, Wirtschafts- und Finanzzeitung vom 12. April 1983.

Bundesanstalt für Arbeit (1983): *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit* (ANBA), Heft 2, Nürnberg, S. 123ff.

Betson, David/ Greenberg, David/ Kasten, Richard (1981): *A Stimulation Analysis of the Economic Efficiency and Distributional Effects of Alternative Program Structures: The Negative Income-tested Transfer Programs: A Case For and Against.* Edited by Irwin Garfinkel, New York.

Castel, Robert (1980): *Der Krieg gegen die Armut in den USA: der Status des Elends in einer Überflußgesellschaft,* in: Konkursbuch Nr. 5, Tübingen, S. 239-270.

Danziger, Sheldon/Haveman, Robert/Plotnick, Robert (1981): *How Income Transfer Programs Affect Work, Savings, an the Income Distribution: A Critical Review,* in: Journal of Economic Literature, Vol. XIX, pp. 975-1028.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1983): *Die Aufwendungen für Sozialhilfe- seit Beginn der siebziger Jahre,* in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1983, S. 36-44, Frankfurt/M.

DGB (Hrsg.) (1983): *WSI-Mitteilungen*, Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 36. Jg., April 1983.

Engels, Wolfram/ Stützel, Wolfgang (1968): *Teilhabersteuer. Ein Beitrag zur Vermögenspolitik, zur Verbesserung der Kapitalstruktur und zur Vereinfachung des Steuerrechts,* 2. Aufl., Frankfurt/M.

Engels, Wolfram/ Mitschke, Joachim / Starkloff, Bernd (1975): *Staatsbürgersteuer. Vorschlag zur Reform der direkten Steuern und persönlichen Subventionen durch ein integriertes Personalsteuer- und Subventionssystem,* 2. Aufl., Wiesbaden: Hans Holzmann.

Engels, Wolfram (1981): *Die organisierte Verschwendung.* In: Die Zeit, 20.3.1981.

Erler, Gisela (1982): *Frauen im Wohlfahrtsstaat. Widersprüchliches aus Schweden.* In: Freibeuter 11.

Friedman, Milton (1962): *Capitalism and Freedom,* Chicago: The University of Chicago Press.

Friedrichs, Günter/ Schaff, Adam (Hrsg.) (1982): *Auf Gedeih und Verderb, Mikroelektronik und Gesellschaft.* Bericht an den Club of Rome; Wien u.a.

Galbraith, John Kenneth(1972): *The Afluent Society,* zitiert nach der deutschen Neuauflage, München.

Garfinkel, Irwin/ Haveman, Robert (1977): *Earnings Capacity, Poverty, and Inequality,* New York.

Gerhardt, Klaus-Uwe (1979): Die Problematik einer negativen Einkommensteuer, Diplomarbeit, Frankfurt/M.

Gershuny, Jonathan (1978): *After Industrial Society. The Emerging Self-Service Economy,* London.

Global 2000 (1981). *Der Bericht an den Präsidenten*. 30. deutsche Auflage. Aus dem Amerikanischen von Thomas Berendt, Udo Rennert, Cora Stephan u.v.a. Herausgabe der deutschen Übersetzung Reinhard Kaiser, Frankfurt/M.:Zweitausendeins.

Green, Christopher (1967): *Negative Taxes and the Poverty Problem,* Washington D.C.

Groeneveld, Lyle P. et al. (1980): *Marital Dissolution and Re-marriage,* in: Robins et al., A Guaranteed Annual Income. Evidence from a Social Experiment, New York, S. 163-181.

Güntherroth, Walther (1976): *Die Arbeiter produzieren die Krise,* in: Autonomie 2, München.

Hildebrand, George H. (1967): *Poverty, Income Maintenance, and the Negative Income Tax,* Ithaca, N.Y.

Holdt, Jakob (1978): *Bilder aus Amerika,* Frankfurt/M.

Jaeger, Carlo (1979): *Ein Modell der Wirtschaftsgesellschaft* (Diss.), Frankfurt/M., Bern, Cirencester: Lang.

Juster, F. Thomas/ Kenneth C. Land (eds.) (1981): *Social Accounting Systems. Essays on the State of the Art,* New York u. a.

Kahn, Herman/ Redepenning, Michael (1982): *Die Zukunft. Deutschlands — Niedergang oder neuer Aufstieg der BRD,* München: Verlag F. Molden.

Kaldor, Nicholas (1964): *Tax Reform in India,* in: Essays on Economic Policy, Vol. II, S. 216-224, hier: S. 224, London.

Kaldor, Nicholas (1976): *Inflation and Recession in the World Economy*, in: The Economic Journal, Vol. 86, No. 344 (Dec., 1976), pp. 703-714.

Kalecki, Michal (1976): *Politische Aspekte der Vollbeschäftigung,* wiederveröffentlicht in: Karl Kühne (Hrsg.), *Michal Kalecki*, Neuwied, S. 182-190.

Keeley, Michael C./ Robins, Philip K./ Spiegelman, Robert G./ West, Richard W. (1978, *The Labor-Supply Effects and Costs of Alternative Negative Income Tax Programs,* in: The Journal of Human Resources, Vol. VIII(l), pp. 3-36.

Kerachsky, *Mallax (*1981): *Alternative Parameterizations of Labor-Supply Responses in the Presence of Weifare,* (zitiert nach Moffit: 134).

Knerr, Beatrice (1981): *Mindesteinkommenssicherung und Sozialhilfe für die landwirtschaftliche Bevölkerung,* Kiel.

Krupp, Hans-Jürgen (1982): *Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung in den achtziger Jahren,* in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/82, S. 7.

Koester, Ulrich/ Tangermann, Stefan (1976): *Alternativen der Agrarpolitik, in: Landwirtschaft – Angewandte Wissenschaft, Heft 182,* Münster-Hiltrup.

Kohl, Helmut (1982): *Regierungserklärung zur Frage der Subsidiarität,* in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 93, 14.10.82, S. 865.

Leontief, Wassily W. (1982): *Die Folgen für Arbeitsplätze und Einkommensverteilung,* in: Spektrum der Wissenschaft 11/82, 146-156.

Marx, Karl (1981): *Die technologisch-historischen Exzerpte,* historisch-kritische Ausgabe; transkribiert und hrsg. von H.-P. Müller, Frankfurt/M. – Berlin - Wien.

Mitscherlich, Alexander (1973): *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft* (Neuausgabe), München.

Moffit, Robert A./ Kenneth Kehrer (1981): *The Effect of Tax and Transfer Programs on Labor Supply: The Evidence from the Income Maintenance Experiments,* in: Ronald Ehrenberg (ed.), *Research in Labor Economics*, Vol. 4, Greenwich, Conn.: JAI Press, pp. 103-150.

Negri, Antonio (1982): *Die wilde Anomalie. Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft,* Berlin.

Negt, Oskar/ Alexander Kluge (1981, *Geschichte und Eigensinn,* Frankfurt/M.

O'Connor, James (1974): *Die Finanzkrise des Staates,* Frankfurt/M.

Otten, Albert (1977): *Die negative Einkommensteuer als sozialpolitische Alternative: Diskussionsstand und Erfahrungen in den USA und eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland.* Frankfurt/M. – Bern - Las Vegas: Lang.

Palmer, John L./ Joseph A. Pechman (1978): *Welfare in Rural Areas: The North Carolina-Iowa Income Maintenance Experiment,* Washington.

Piven, Frances F./ Richard A. Cloward (1977): *Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt,* Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Piven, Frances F./ Cloward, Richard A. (1979): *Poor People's Movements. Why they succeed, how they fail,* New York: Vintage Books.

Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation, Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen;* Wiederveröffentlichung von 1944, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Priebe, Hermann (1979): *Probleme und Möglichkeiten einer Preis-Beihilfen-Politik.* In: ders. (Hrsg.), *Die agrarwirtschaftliche Integration Europas,* Baden-Baden: Nomos.

Rhys-Williams, Juliette E. (1942): *Something To Look Forward To,* London, Teilabdruck in: dies., *Taxation and Incentive* 1953, London.

Robins, Philip K./ Spiegelman, Robert G. / Weiner, Samuel / Bell, Joseph G. (Eds.) (1980): *A Guaranteed Annual Income: Evidence from a Social Experiment,* New York.

Robinson, Joan (1972): *The Second Crisis of Economic Theo*-ry, in: American Economic Review, Vol. LXII (Mai 1982),pp. 1-10.

Rohner, Meinrad (1976): *Wir Kinder der Tertiarisierung,* in: Autonomie 2, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, S. 4-8, München.

Rolph, Earl R. (1969): *Umstrittene negative Einkommensteuer,* in: Recktenwald, Horst C. (Hrsg.), *Finanzpolitik*, Köln-Berlin, S. 335-343.

Rossi, Peter H./ Lyall, Katherine C. (1976): *Reforming Public Welfare. A Critique of the Negative Income Tax Experiment,* New York.

Samuelson, Paul S. (1976): *Economics, 10*th edition, New York, Düsseldorf, S. 804-806.

Schefold, Bertram/ Meyer-Abich, Klaus M. (1981): *Wie möchten wir in Zukunft leben — der "harte" und der "sanfte" Weg,* München.

Schmid, Thomas (1982): *Nichtsnutz und Robot. Über einige Schwierigkeiten, die Verstaatlichung des Sozialen rückgängig zu machen.* In: Freibeuter 11.

Schmitt, Günther (1980): *Vor einer Wende in der Agrarpolitik ?* In: Agrarwirtschaft, S. 97-105.

Schmitt, Jürgen (1980): *Dienstleistungen in der Industriegesellschaft: Marktproduktion versus Eigenproduktion,* Diplomarbeit, Frankfurt/M.

Schwartz, Edward E. 1966): *An End to the Means Test,* in: Theobald, R., editor, The Guaranteed Income: Next Step in Economic Evolution?, New York, pp. 115-135.

Der Spiegel (1983): *"Brauchste Kohle, geh zur Wohle",* Heft 16, Hamburg, S. 91-107.

Spilerman, Seymour/ Miller, Richard E. (1977): *The Impact of the Experiment on Job Selection,* in: Watts, H. W., Rees, A., (eds.), The New Jersey Income Maintenance Experiment Labor Supply Responses, Vol. II, New York.

Der Stern (1983): *"Der Stoff aus dem die Zukunft ist", "Computer aus dem Supermarkt",* Hamburg, Heft 16: S. 140-163.

Tobin, James/ Pechman, Joseph A./ Mieszkowski P. M. (1967): *Is a Negative Income Tax Practical?,* in: The Yale Law Journal, Vol. 77, Number 1, pp. 1-27.

Tronti, Mario (1974): *Arbeiter und Kapital,* Frankfurt/M.: Campus.

U.S. Congress (Eds.) (1968): *A Statement by Economists on Income Guarantees and Supplements*, in: Income Maintenance Programs, Hearings Before the Subcommittee on Fiscal Policy of the Joint Economic Committee, 90th Cong., 2d Sess., Vol. 2: Appendix Materials, Washington D. C. 1968, S. 676 ff.

Wagner, Wolf (1976): *Verelendungstheorie — die hilflose Kapitalismuskritik,* Frankfurt/M.

Wagner, Wolf (1982): *Die nützliche Armut. Eine Einführung in Sozialpolitik,* Berlin.

Wille, Martin (1974): *Formen, Möglichkeiten und Wirkungen direkter Einkommensübertragungen an die Landwirtschaft,* Göttingen.

Wilson, Thomas (1981): *The Finance of the Weifare State,* in: Peacock, A., Forte, F., Hrsg., The Political Econo-my of Taxation, Oxford.

Witzke, Harald von (1980): *Grundzüge einer Mindesteinkommenssicherung für die Landwirtschaft der EG.* In: Agrarwirtschaft, S. 172-181.

Fußnoten zu Kaldor:

Der Auszug stammt aus: Nicholas Kaldor (1976): *Inflation and Recession in the World Economy,* in: Economic Journal, Bd. 86, Dezember 1976, wieder abgedruckt in: Nicholas Kaldor, *Further Essays on Economic Theory* (Volume 5), New York 1978, S. 214-230, hier: S. 223-225.

(1) Vgl.: Nordhaus, William (1972): *The Worldwide Wage Explosion,* Brookings Papers on Economic Activity, No. 3.

(2) Eine detaillierte Analyse findet man bei Williamson, John/ Wood, Geoffrey (1976): *The British Inflation: Indigenous or Imported,* in: American Economic Review, September, 520-531.

(3) Vgl. z. B. Jackson/Turner/Wilkinson (1972): *Do Trade Unions Cause Inflation?,* D.A.E. Occasional Paper, Cambridge,.

(4) Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgeführt hat, gibt es einen steten Rückgang des Anteils des privat finanzierten Konsums am gesamten Konsum in allen wichtigen OECD-Ländern zwischen 1955 und 1969, mit steigender Tendenz seit 1966/67. (Siehe: Expenditure Trends in OECD. Countries 1960-80, O.E.C.D., July 1972, Schaubilder B und E und Tafel 12.)

Dies wird teilweise mit höheren öffentlichen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen erklärt, aber hauptsächlich durch gestiegene Sozialtransfers begründet, die eine Erweiterung der Sozialversicherung und des Wohlfahrtssystems widerspiegeln.